

„Tjurma Nr. 6“

Das Amtsgerichtsgefängnis Berlin-Lichtenberg unter sowjetischer Verwaltung (1945 bis 1953)¹

Peter Erler

Gefängnisse sind als fokussiertes Spiegelbild sozialer Probleme und entwicklungsbedingter gesellschaftlicher Widersprüche ein hochinteressantes historisches Phänomen. In ihnen zeigt sich beispielhaft, wie ein Gemeinwesen mit „Außenstehenden“, wie staatlicherseits Eingesperrten, umgeht.² Angesichts dieser Konstellation ist eigentlich erstaunlich, dass sich in Deutschland eine komparative Gefängnisgeschichtsschreibung als eigenständiger Forschungszweig bisher nicht etabliert hat und die wissenschaftliche Aufarbeitung, wenn überhaupt, selektiv auf einzelne Anstalten bzw. auf ausgewählte Zeitabschnitte reduziert ist.

Symptomatischer Ausdruck dieser defizitären und eigentlich unhaltbaren Situation ist die komplette Unterrepräsentation der Berliner Haftanstalt Magdalenenstraße, die in sechs unterschiedlichen Herrschaftssystemen ihre spezifische Funktion ausgeübt hat bzw. noch ausübt, in wissenschaftlichen Publikationen. Auch auf Stadtbezirksebene scheint es bisher nur wenig Interesse an der Geschichte der Repressionseinrichtung gegeben zu haben. So wird das Gefängnis in einer anlässlich der ersten urkundlichen Erwähnung Lichtenbergs von einem Lokalpolitiker 2013 veröffentlichten umfassenden Jubiläumsschrift mit keinem Wort erwähnt.³

Episoden aus der Gefängnisgeschichte bis 1945

Das königliche Amtsgericht Lichtenberg wurde im Zusammenhang mit einer Neuordnung der Gerichtszuständigkeit in Berlin und in den Vororten am Anfang des 20. Jahrhunderts errichtet. Die Notwendigkeit einer reformierten „Gerichtsordnung für Berlin“ ergab sich aus der außerordentlich großen Ausdehnung der damaligen juristischen Zuständigkeitsbereiche und der im Zusammenhang mit der Industrialisierung rapide gewachsenen Bevölkerung.⁴ Die Neubildung und -einteilung sowie die damit einhergehende Verkleinerung der Gerichtsbezirke hatte auch die Errichtung von sechs neuen Amtsgerichtsgebäuden in Berlin-Schöneberg, Groß-Lichterfelde, Berlin-Wedding, Pankow, Neu-Weißensee und Lichtenberg teilweise mit dazugehörigen Gefängnissen zur Folge. Der neu geschaffene Amtsgerichtsbezirk Lichtenberg gehörte nun zum preußischen Landgerichtsbereich III.⁵

Für die Errichtung des Gerichts mit angeschlossenem Gefängnisbau erwarb die Landgemeinde Lichtenberg ein ca. 8 000 Quadratmeter großes Grundstück am Wagnerplatz.

1 Überarbeitete und erweiterte Fassung eines Gutachtens für die Einrichtung eines „Denkortes“ Roedeliusplatz in Berlin-Lichtenberg.

2 Siehe ausführlich: Ralf Dahrendorf: *Gesellschaft und Demokratie in Deutschland*, München 1965, S. 394.

3 Jürgen Hofmann: *Lichtenberg: Kurze Geschichte eines Berliner Bezirks*, Berlin 2013.

4 Die Einwohnerzahl der Landgemeinde Lichtenberg im Kreis Niederbarnim stieg von ca. 3 200 im Jahre 1871 auf ca. 55 000 im Jahre 1905, was schließlich dazu führte, dass dem Berliner Vorort am 15. Oktober 1907 das Stadtrecht verliehen wurde.

5 Otto Sarrazin/Friedrich Schultze: Die im Bau begriffenen Gerichtsbauten in Berlin und in den Vororten, in: *Zentralblatt der Bauverwaltung* vom 29. August 1903, S. 429–431; Rudolf Mönnich: Mitteilungen über die neuen Gerichtsbauten in Berlin und den Vororten. Vortrag gehalten im Architekten-Verein zu Berlin am 28. Oktober 1907, in: *Wochenschrift des Architekten-Vereins zu Berlin* vom 28. März 1908, S. 75.

Ausgehend von den Baukosten in einer Höhe von ca. 770 000 Mark, die sie gegen eine Verzinsung selbst übernahm, vereinbarte die Vorstadtkommune mit dem preußischen Justizfiskus 1901 eine zukünftige Nutzung des Justizkomplexes auf Mietbasis.⁶ Für die Bauausführung war ab 1903 das vielbeschäftigte Mitglied der Ministerial-Baukommission Rudolf Mönnich verantwortlich.⁷



Foto: Amtsgericht Lichtenberg mit Gefängnis an der Magdalenenstraße. Hinter dem Gerichtsgebäude befindet sich die Glaubenskirche (1907). Quelle: Landesarchiv Berlin, F Rep. 290-09-03 Nr. 65-2975 / Foto: K.A.

Am 1. Juni 1906 nahm schließlich das preußisch-königliche Amtsgericht Lichtenberg den Justizbetrieb auf.⁸ Das dazugehörige moderne viergeschossige Gefängnis war, getrennt durch eine Grünanlage⁹, hinter dem Gerichtsgebäude errichtet worden. Es wurde von zwei Seiten durch die Alfred- bzw. die Magdalenenstraße begrenzt und bestand aus drei u-förmig angeordneten Gebäudeflügeln. Zum Gerichtsgebäude hin sperrte eine bis auf Höhe der ersten Gefängnisetage reichende Mauer die Anlage ab. Die Zellen für 125 Insassen¹⁰ waren alle auf der Innenhofseite der Anlage angeordnet, so dass von der Straße aus kein Blick- oder Rufkontakt mit den Gefangenen möglich war.

6 Sarrazin/Schultze: Bau, S. 431; Redemanuskript zum hundertjährigen Bestehen des Amtsgerichts Lichtenberg 2006, Archiv des Autors (AA).

7 http://www.luise-berlin.de/lexikon/mitte/m/moennich_rudolf.htm; https://de.wikipedia.org/wiki/Rudolf_M%C3%B6nnich. Im gleichen Jahr fand die Grundsteinlegung für die gegenüberliegende Glaubenskirche statt.

8 Redemanuskript zum hundertjährigen Bestehen des Amtsgerichts Lichtenberg 2006, AA.

9 Jan Eik: Die Stätten meiner Kindheit, in: Horch und Guck, Heft 6/1993, S. 2.

10 Redemanuskript zum hundertjährigen Bestehen des Amtsgerichts Lichtenberg 2006, AA.

Neben Arbeitssälen, einer Krankenstation und Diensträumen für das Wachpersonal war in der Haftanstalt auch ein von der Magdalenenstraße aus durch ein großes Kreuz erkennbarer Betsaal mit separatem Eingang integriert. Nach Angaben aus dem Jahre 1908 waren ein Inspektor Henke, sein Gehilfe Eicke und der Aufseher Luther für 111 männliche und vier Wärterinnen für vierzehn weibliche Insassen zuständig.¹¹ 1935 amtierte ein gewisser Zogel als „Strafanstaltsvorsteher des Gerichtsgefängnisses Berlin-Lichtenberg“.¹² Über den Betrieb der Haftanstalt konnten bislang nur wenige auf Primärquellen basierende Informationen recherchiert werden. Seltene Erwähnungen in der Sekundärliteratur weisen auf die mehrheitliche Inhaftierung von Kurzstraflern hin.¹³

Diese Angaben werden bezüglich der Jahre 1929 bis 1938 im Prinzip auch durch die Zahlen des Statistischen Jahrbuches der Stadt Berlin bestätigt. Zwischen 1929 und 1932 war das Gefängnis, dessen Kapazität mittlerweile bei 140 Insassen lag, im Jahresdurchschnitt mit rund 5 160 Delinquenten belegt. Dabei handelte es sich bei der übergroßen Mehrheit um Verurteilte. Nur etwa sieben Prozent durchliefen die Magdalenenstraße als Untersuchungsgefangene. Die Maximalbelegung der Lichtenberger Haftanstalt fällt auf das Jahr der nationalsozialistischen Machtergreifung. Danach nimmt die Zahl der „untergebrachten Gefangenen“ bis auf die Ausnahme im Jahr 1937 kontinuierlich ab und erreicht 1938 mit 2 114 einen Wert weit unter der Hälfte des Jahresdurchschnitts aus der Zeit der Weimarer Republik. Dagegen verändert sich das ursprünglich relativ konstante Verhältnis von Strafgefangenen mit Haft- und Gefängnisstrafen ab 1933 zuungunsten der letzteren.

Jahr	Zugang	Abgang	Gefangene Ende Berichtzeit	untergebrachte Gefangene	Untersuchungsgefangene	Strafgefangene	davon Gefängnisstrafe	davon Haft	Zivilgefangene
1929	5.660	5.550	174	5.724	371	4.207	2.218	2.989	146
1930	5.228	5.280	122	4.402	489	3.907	2.068	1.839	6
1931/32	5.094	5.098	127	5.216	404	4.805	2.395	2.410	7
1932/33	4.956	4.919	164	5.083	306	4.761	2.410	2.351	16
1933	5.657	5.622	199	5.821	354	5.462	1.460	4.002	5
1934	3.693	3.792	100	4.705	184	3.099	613	3.092	3
1935	3.929	3.809	224	4.033					
1936	3.536	3.496	264	3.760					
1937	3.883	4.008	139	4.147					
1938	1.975	1.947	167	2.114					

Tabelle: Belegungszahlen des Gerichtsgefängnisses Lichtenberg nach Angaben des Statistischen Jahrbuches der Stadt Berlin von 1931 bis 1939.¹⁴

Zudem weist die tendenzielle Überbelegung der Magdalenenstraße bei abnehmenden jährlichen Gefangenzahlen im gleichen Zeitraum auf eine durchschnittlich längere Haftdauer hin.

11 Ebd.; Jan Eik: Zur Topographie und Geschichte des Lichtenberger Stasi-Komplexes, in: Die Zentrale. Hrsg. ASTAK e.V., Berlin 2001, S. 14; Mail von Helmut Eikermann vom 30. Oktober 2018 an den Autor.

12 Die Dienststelle des Vorstehers befand sich in der Magdalenenstraße 7. Landesarchiv Berlin (LAB) A Pr. Br. Rep. 042, Nr. 1710, Schreiben vom 2. Oktober 1935.

13 Z. B.: Andreas Petersen: Deine Schnauze wird dir in Sibirien zufrieren. Ein Jahrhundertdiktat. Erwin Jöris, Wiesbaden 2012, S. 412.

14 [https://digital.zlb.de › viewer › metadata](https://digital.zlb.de/viewer/metadata).

Welche qualitative und quantitative Funktion die Lichtenberger Haftanstalt im NS-Repressionssystem ausgeübt hat, kann auf Grundlage der bis heute aufgefundenen Quellen nicht tiefgehender konkretisiert werden. Nach 1933 gehörten zu den Insassen der Magdalenenstraße zum Beispiel auch eine Reihe von Zeugen Jehovas. Einer von ihnen war der zu neun Monaten Haft verurteilte Lichtenberger Arbeiter Johann Krefta. Während seiner Untersuchungshaft wurde er so schwer misshandelt, dass er in die Nervenheilanstalt Buch überführt werden musste.¹⁵

Wie die Berliner Adressbücher der verschiedenen Jahrgänge belegen, wohnten in den in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts bebauten Straßenzügen um das Gefängnis viele Justiz-, Justizvollzugs- und Polizeiangehörige bzw. -beamte. Die Dienststellen letzterer – das Polizeiamt Lichtenberg mit Kriminalinspektion und das Polizeirevier 215 – befanden sich in der Alfredstraße 8 bzw. in der Frankfurter Allee 230/Ecke Magdalenenstraße 1. Im April 1936 erwarb der Fiskus des Deutschen Reiches den bis dahin stadteigenen Justizkomplex, bestehend aus Amtsgericht und Gefängnis.¹⁶ Spätestens ab diesem Zeitpunkt funktionierte die Haftanlage ausschließlich als „Männer-Gefängnis“.¹⁷ Aus verwaltungstechnischer Perspektive war sie wie bereits zuvor ein strukturelles Anhängsel des Amtsgerichts und wurde auch weiterhin von dort aus geleitet.¹⁸ Zum verantwortlichen Justizpersonal vor Ort gehörten Oberwachtmeister Alfred Salpeter und Hauptwachmeister E. Sonnabend. Ihre Dienstwohnungen mit jeweils separatem Eingang befanden sich in den Seitenflügeln des Gefängnisses in der Magdalenenstraße 14 bzw. Alfredstraße 11.¹⁹

Im Jahr 1940 wurde die gesamte Haftanstalt für mehrere Monate geschlossen. In dieser Zeit ließ die Preußische Bau- und Finanzdirektion dringend notwendige Instandsetzungsmaßnahmen, insbesondere auch an den Dächern, zum Preis von 8 400 Reichsmark durchführen.²⁰ Am 13. Dezember 1940 ordnete der Reichsjustizminister für das Objekt eine funktionale Neuausrichtung an. Demnach war die Magdalenenstraße nach der Ausgliederung des Haftvollzugs von Minderjährigen aus dem Frauengefängnis in der Barnimstraße 10 in der Reichshauptstadt ab dem 15. Januar 1941 für die Verwahrung heranwachsender Mädchen und junger Frauen bis 21 Jahre zuständig.²¹ Seine amtliche Bezeichnung lautete von da ab „Frauenjugendgefängnis Lichtenberg“.²² Das gesamte weibliche Aufsichtspersonal wurde aus der Barnimstraße übernommen.²³ Geleitet wurde die wiedereröffnete Haftanstalt zunächst von der ehemaligen Ersten Oberin der Barnimstraße „Fräulein“ Assessorin Dr. Strassel.²⁴ Ihr folgte ab 1942 Regierungsrätin Thöne.²⁵ 1944 amtierte zeitweilig eine namentlich nicht bekannte Justizangestellte als

15 Seine Entlassung aus der Magdalenenstraße 14 erfolgte am 3. November 1937. Hans-Rainer Sandvoß: *Widerstand in Friedrichshain und Lichtenberg*, Berlin 1998, S. 260.

16 LAB F Rep. 290-09-03, Nr. 65-2975, LAB.

17 LAB A Pr. Br. Rep. 042, Nr. 1710, Verhandlungsniederschrift vom 12. Februar 1941. Höchstwahrscheinlich war das Gefängnis bereits seit den 1920er Jahren nur noch mit Männern belegt.

18 Ebd.

19 LAB A Pr. Br. Rep. 042, Nr. 1710, Schreiben vom 17. Juli 1940.

20 Die Wiedereröffnung des Gefängnisses erfolgte im Dezember 1940. Ebd., Vermerk vom 4. Dezember 1940 und Schreiben vom 25. November 1940..

21 Ebd., Verhandlungsniederschrift vom 12. Februar 1941.

22 https://de.wikipedia.org/wiki/Justizvollzugsanstalt_f%C3%BCr_Frauen_Berlin#Geschichtliches. Siehe auch: Berliner Adreßbuch 1943, Zweiter Band, Teil III, S. 21.

23 Claudia von Gelieu: *Barnimstraße 10. Das Berliner Frauengefängnis 1868–1974*, Berlin 2014, S. 245.

24 Ebd.; LAB A Pr. Br. Rep. 042, Nr. 1710, Verhandlungsniederschrift vom 12. Februar 1941 und Schreiben vom 5. März 1941.

25 Ebd., Verhandlungsniederschrift vom 15. März 1943.

Anstaltsvorstand, die die jugendlichen Gefangenen maßlos schikanierte. Ihr Vater war der Direktor der Verwahreinrichtung in der Barnimstraße 10.²⁶ Als ranghöchster Wärter war in der Magdalenenstraße weiterhin der Hauptwachmeister Sonnabend tätig.²⁷ Die damalige Belegungskapazität gab die Gefängnisadministration mit 140 „Köpfen“ an.²⁸ Nach Angaben für das Jahr 1944 befanden sich in der Anstalt die eigentlichen kriminellen Straftäterinnen in der Minderheit.²⁹ Zu den Insassinnen gehörten neben deutschen Delinquentinnen auch minderjährige Polinnen und Zwangsarbeiterinnen aus der Sowjetunion.³⁰ Die Wiederaufnahme des Gefängnisbetriebes mit Ausrichtung auf eine minderjährige, weibliche Täterinnenklientel im Januar 1941 ging mit einer Reihe von Umbau- und Modernisierungsmaßnahmen einher. Priorität diesbezüglich hatte unter anderem die Unterbringung der Anstaltsleiterin und der ihr als Verwaltungsassistentin beigeordneten Oberin. Für diesen Zweck wurde die bis 1941 vom Oberwachtmeister Salpeter und seiner Frau genutzte Dienstunterkunft in eine Dienstwohnung mit zweieinhalb Zimmern und in eine kleinere Mietwohnung mit einem Zimmer aufgeteilt und entsprechend hergerichtet.³¹ Im Erdgeschoß des Gebäudeflügels in der Magdalenenstraße erfolgte zudem die Einrichtung von bisher nicht benötigten Verwaltungsräumen (unter anderem Büro der Leiterin, Kanzlei).³² Weil das „veraltete Kübel-System [...] vom hygienischen wie erzieherischen und vom strafvollzugstechnischen Standpunkte“ nicht mehr tragbar war, veranlasste der Reichsjustizminister weiterhin, die Ausstattung von sieben Spülzellen des Gefängnisses mit Toilettenbecken („Reihenklosettanlagen“).³³ Vorrang hatte auch der Einbau von Heizkörpern in 28 „Schlafzellen“ im Gebäudeflügel Alfredstraße, die wegen fehlender Wärmeversorgung bisher nicht genutzt werden konnten, die Zusammenlegung dieser Haftkammern zu zwei- und dreifenstrigen Gemeinschaftsräumen und die Erweiterung der zentralen Heizkesselanlage.³⁴

Durch fehlende Finanzmittel und kriegsbedingt wachsende Engpässe bei der Baustoffzuteilung kamen einige Vorhaben nur langsam voran. Dazu gehörten zum Beispiel die Errichtung einer Waschküche im Mittelteil des Gefängnisses, die bessere Durchlüftung des Turnsaales, die Zusammenlegung der früheren Männer- und Frauenhöfe sowie die Gestaltung eines Sportplatzes.³⁵ Andere Projekte, wie die Aufstockung einzelner Gebäudeteile, die Einrichtung weiterer Dienstwohnungen, der Betrieb einer Lehrküche und die Anlage eines Nutzgartens, verblieben offensichtlich in der Planungsphase.³⁶

Ab Januar 1943 unternahm die britische Royal Air Force wieder gezielte Großangriffe auf die Reichshauptstadt. Zunächst blieb das Gefängnis, welches ab 1942 mit einer „Luftschutzanlage für den erweiterten Selbstschutz“³⁷ des Personals ausgestattet war,

26 Erich Hanke: *Erinnerungen eines Illegalen*, Berlin-Ost 1976, S. 209.

27 Sonnabend übte seine Wärterfunktion bis März/April 1945 aus. Ebd.

28 LAB A Pr. Br. Rep. 042, Nr. 1710, Schreiben vom 25. Januar 1941.

29 Zu den Delikten siehe: Hanke: *Erinnerungen*, S. 209.

30 Ebd.; Staatsarchiv der Russischen Föderation (GARF) 9409/1/157, Bl. 86; 9409/1/353, Bl. 87.

31 LAB A Pr. Br. Rep. 042, Nr. 1710, Verhandlungsniederschrift vom 23. März 1942.

32 Ebd., Verhandlungsniederschrift vom 12. Februar 1941 und Verhandlungsniederschrift vom 23. März 1942.

33 Ebd., Schreiben vom 25. Januar 1941 und vom 21. Februar 1941 sowie Skizze Abortzellen o. D.

34 Ebd., Verhandlungsniederschrift vom 12. Februar 1941 und Schreiben vom 21. Februar 1941.

35 Ebd., Verhandlungsniederschrift vom 23. März 1942.

36 Ebd., Schreiben vom 21. Februar und vom 27. März 1941.

37 Hinter der hochtrabenden Bezeichnung verbarg sich lediglich ein umgebauter Kellerraum. Ebd., Verhandlungsniederschrift vom 23. März 1942; Hanke: *Erinnerungen*, S. 223.

von den Bombenattacken verschont. Das änderte sich aber im Laufe des darauffolgenden Jahres. Am 9. März 1944 trafen zum Beispiel zwei schwere Sprengbomben den östlichen Gefängnisflügel und verursachten erhebliche Zerstörungen am Dachstuhl, am 3. Stockwerk sowie an der Heizungs- und Kesselanlage. Der Gesamtschadensumfang betrug etwa zehn Prozent der Bausubstanz und zwanzig Prozent der Nutzfläche.³⁸ Die für den Betrieb des Gefängnisses dringlichen Wiederinstandsetzungs- und Reparaturarbeiten am Haftgebäude mussten bis zum Sommer 1944 Berliner „Arrestgefangene“ durchführen.³⁹ Weiterhin kam auf Veranlassung des Generalstaatsanwalts beim Berliner Kammergericht ein Arbeitskommando aus dem Zuchthaus Brandenburg-Görden zum Einsatz, welches zunächst in der Magdalenenstraße und dann im Frauengefängnis in der Barnimstraße untergebracht war.⁴⁰ Es hatte in der Folgezeit die Aufgabe, insbesondere die durch Luftminen und Bomben zerstörten Dächer der Berliner Gefängnisse und Justizgebäude wiederherzurichten.⁴¹ Außerdem mussten die streng bewachten Strafgefangenen bei Luftangriffen in beiden Frauenhaftanstalten Brände löschen und als Rettungsmannschaft agieren. Zu diesem zumeist aus Handwerkern bestehenden Trupp gehörten der Dachdecker Erich Honecker und sein Haftkamerad, der Maurer Erich Hanke. Beiden politischen Häftlingen gelang es am 6. März 1945 in einer tollkühnen Aktion am helllichten Tage aus dem Lichtenberger Frauenjugendgefängnis zu entfliehen. Über das durch eine Druckwelle abgedeckte Dach der Anstalt kletterten sie über einen Blitzableiter auf das unmittelbar angrenzende Wohnhaus in der Magdalenenstraße 12, gelangten in das Treppenhaus und entkamen von dort in Richtung Frankfurter Allee.⁴² Nachdem sich die beiden Erichs getrennt hatten, fand der im Saarland heimische spätere SED-Chef jedoch keinen sicheren Unterschlupf in Berlin. Die Rettung aus der misslichen Situation verdankte er der Justizwachtmeisterin Charlotte Schanuel aus der Barnimstraße 10 und dem Berliner Gefängnisinspektor, Staatsanwalt Erich Kolb. Mit ihrer Hilfe wurde Honecker ohne jegliche Bestrafung für seine letztlich gescheiterte Fluchtaktion wieder in den Strafgefangenenbautrupp aufgenommen und konnte so überleben.⁴³

Das Gefängnis Nr. 6 unter Verwaltung des NKWD/MWD

Am 22. April 1945 eroberten Verbände der Roten Armee den Stadtbezirk Lichtenberg.⁴⁴ Kurz darauf nahmen nachrückende Einheiten der militärischen Abwehr Smersch („Tod den Spionen“) und des Volkskommissariats für Innere Angelegenheiten (NKWD) die leerstehende⁴⁵ Hafteinrichtung an der Alfred- und Magdalenenstraße in Beschlag.⁴⁶

38 Ebd., Aufstellung und Schreiben vom 11. Juli 1944.

39 Mit der Schadensbehebung an der Heizungsanlage wurde eine Handwerksfirma beauftragt, die ihre Tätigkeit allerdings nicht aufnehmen konnte, weil bis September 1944 die benötigten 500 Kilogramm Heizungsrohre immer noch nicht zugeteilt waren. Ebd.

40 1945 gab es wieder einen Gemeinschaftsschlafräum für das dreißig Mann große Arbeitskommando in der Magdalenenstraße. Erich Honecker: *Aus meinem Leben*, Berlin-Ost 1980, S. 102/103; Martin Sabrow: *Erich Honecker. Das Leben davor 1912–1945*, München 2016, S. 360 ff.; Hanke: *Erinnerungen*, S. 210, 229.

41 Ebd., S. 210; Honecker: *Leben*, S. 102.

42 Ebd.; Hanke: *Erinnerungen*, S. 230 ff.

43 Am 21. April 1945 rückte das Arbeitskommando mit Erich Honecker aus dem Gefängnis Barnimstraße endgültig ab und traf nach einem Zwischenaufenthalt im Zuchthaus Plötzensee zwei Tage später wieder in Brandenburg-Görden ein. Sabrow: *Honecker*, S. 409.

44 Siehe z. B.: *Die Befreiung Berlins 1945. Eine Dokumentation*, hrsg. und eingeleitet von Klaus Scheel, Berlin-Ost 1975, S. 91 ff.

45 Eik: *Topographie*, S. 24.

46 GARF 9409/1/395, Bl. 98.

Entgegen anderen Verlautbarungen in der Sekundärliteratur⁴⁷ verblieb das benachbarte Gerichtsgebäude am Roedeliusplatz weiterhin unter deutscher Verwaltung. Es fungierte zunächst als Verwaltungsgericht. Am 14. Mai 1945 wurden dort die neu ernannten Gerichtsdirektoren aller zwanzig Berliner Verwaltungsbezirke vom sowjetischen Stadtkommandanten Nikolai Bersarin in ihr Amt eingeführt.⁴⁸ Noch vor Abschluss der letzten Kampfhandlungen in Berlin begannen die vorher instruierten NKWD- und Smersch-Einheiten mit der „Säuberung des Hinterlandes [...] von feindlichen Elementen“.⁴⁹ Von den einsetzenden Massenverhaftungen deutscher Zivilisten, die beruflich dem NS-Regime gedient oder sich für dieses weltanschaulich exponiert hatten, waren auch Angehörige des Vollzugspersonals der Lichtenberger Haftanstalt betroffen. Am 13. Juli 1945 wurde zum Beispiel die 45-jährige Oberwachtmeisterin Gertrud „Genge“ (phonetisch) aus der Fanniger Straße 7 abgeholt. Sie war seit 1944 im Gefängnis als Aufseherin tätig und soll „sowjetische Bürger“ misshandelt haben.⁵⁰ Etwa einen Monat später nahm die für den Stadtbezirk Lichtenberg zuständige operative Gruppe Nr. 5 des NKWD auch den Oberwachtmeister Salpeter fest.⁵¹ Bereits am 10. Mai 1945 verschleppte ein Smersch-Trupp den Gefängnisinspektor Erich Kolb.⁵² Die Repressivmaßnahmen der sowjetischen Geheimpolizei erfassten darüber hinaus auch eine unbekannte Zahl der in der Nähe des Gefängnisses wohnenden deutschen Justiz- und Polizeibeamten. Betroffen waren unter anderem der Strafanstaltshauptwachtmeister Hermann Seidel in der Alfredstraße 14⁵³ und der Kriposekretär Julius Schultze aus der Alfredstraße 2.⁵⁴

In der besetzten Verwahranstalt richtete die Geheimpolizei NKWD zunächst ein Etapengefängnis („Peresylnaja Tjurma“)⁵⁵ ein. Als erster sowjetischer Kommandant wird in den Quellen ab Mai 1945 ein Oberleutnant Batrakow erwähnt. Er hielt sich jedoch nicht lange auf diesem Leitungsposten und musste aus bisher unbekanntem Gründen bald wieder zurücktreten.⁵⁶ Danach übernahm Leutnant Iwan Tschernow vorübergehend die

47 Z. B.: Christian Halbrock: Mielkes Revier. Stadtraum und Alltag rund um die MfS-Zentrale in Berlin-Lichtenberg, Berlin 2010, S. 31; Ders.: Stasi-Stadt – Die MfS-Zentrale in Berlin-Lichtenberg. Ein historischer Rundgang um das ehemalige Hauptquartier des DDR-Staatssicherheitsdienstes, Berlin 2009, S. 58.

48 Karl Grünberg: Episoden. Sechs Jahrzehnte Kampf um den Sozialismus, Berlin-Ost 1975, S. 347.

49 [https://www.dokst.de/main/sites/default/files/u7/Befehl des NKWD Nr 00315.pdf](https://www.dokst.de/main/sites/default/files/u7/Befehl%20des%20NKWD%20Nr%2000315.pdf). Siehe auch: Plan zur Organisierung der operativen Gruppen der Verwaltung Gegenspionage „Smersch“ der 1. Weißrussischen Front für Berlin und seine Vororte vom 22. April 1945, in: Die Organe der Staatssicherheit der UdSSR im Großen Vaterländischen Krieg. Sammlung von Dokumenten, Band 6, Moskau 2014 (russisch), S. 411/12.

50 G. war in der Folgezeit über vier Jahre im Speziallager Sachsenhausen interniert. GARF 9409/1/157, Bl. 86; 9409/1/353, Bl. 87.

51 Der etwa 61-jährige S. wurde zunächst im Stützpunkt der Opergruppe Nr. 5 in der Schloßstraße am Tierpark verhört und kam dann in das Speziallager Nr. 3 nach Berlin-Hohenschönhausen. Von dort marschierte er am 23. August 1945 nach Weesow, dem ersten Standort des Speziallagers Nr. 7. Der Oberwachtmeister überstand die Strapazen der Internierung nicht. Er verstarb am Heiligabend 1946 in Sachsenhausen. GARF 9409/1/340, Bl. 161; 9409/1/352, Bl. 22.

52 Erich Kolb durchlief die Lager in Weesow, Landsberg an der Warthe und Buchenwald. Er wurde 1950 in Waldheim zu zwanzig Jahren Zuchthaus verurteilt. GARF 9409/1/300, Bl. 70; Sabrow, Honecker, S. 404 ff.

53 MfS AS 170/58, Bl. 58.

54 Der 1887 geborene Schultze wurde bereits am 23. Mai 1945 festgesetzt. Ihn verbrachte das NKWD über die Zwischenstation Weesow in das Lager Landsberg, wo er am 10. Juli 1945 verstarb. Personendatenbank Gedenkstätte Hohenschönhausen.

55 GARF 9409/1/395, Bl. 98.

56 Nach seiner Ablösung war Batrakow im Gefängnis bis etwa Anfang 1946 Leiter der Verwaltungs- und Wirtschaftsabteilung. Nikita Petrow: Die sowjetischen Geheimdienstmitarbeiter in Deutschland.

Verantwortung für die Haftanstalt.⁵⁷ Auf Veranlassung des Chefs der zunächst für den Stadtbezirk Lichtenberg zuständigen 17. Operativen Gruppe des Berliner Operativen Sektors (Opersektors), Oberstleutnant Aleksej Archipenkow, übergab Tschernow das Gefängnis Magdalenenstraße am 25. September 1945 an den ehemaligen Leiter des Speziallagers Nr. 1 in Mühlberg Major Nikolai Sasikow.⁵⁸

In den ersten Wochen nach Kriegsende wurde in der Magdalenenstraße eine unbekannte Zahl internierter Männer und Frauen eingesperrt, zu Marschkolonnen zusammengestellt und in die sowjetischen Speziallager Weesow und Hohenschönhausen abtransportiert.⁵⁹ In dieser Zeit war das Gefängnis völlig überbelegt. Nach Angaben einer neunzehnjährigen BDM-Führerin mussten sich Mitte Juni 1945 in ihrer Zelle fünf Frauen eine Pritsche teilen. „Bei den Männern [war die Belegungssituation] oft noch schlimmer“.⁶⁰ Ab August 1945 unterstand das Gefängnis verwaltungstechnisch und strukturell der Abteilung Speziallager und Gefängnisse des NKWD in Deutschland.⁶¹ Im internen Schriftverkehr der sowjetischen Geheimpolizei- und Justizorgane figurierte der Lichtenberger Gewahrsamsort von nun ab unter der Bezeichnung „Gefängnis Nr. 6“. Obwohl die Haftanstalt in Lichtenberg formal zur Abteilung Speziallager gehörte, wurde sie von der Untersuchungsabteilung des Berliner Opersektor des NKWD/MGB als Gerichts- bzw. Tribunalgefängnis sowie als Etappengefängnis für Verurteilte genutzt und von dieser geheimpolizeilichen Struktur hinsichtlich des inneren Regimes auch vollständig kontrolliert.⁶² Zudem befand sich dort die zentrale Tagungsstätte des Militärtribunals der sowjetischen Garnison der Stadt Berlin. Durch diese Spezifika – Anstalt mit überregionalen Sonderaufgaben und Standort eines zentralen Militärgerichts – nahm das Gefängnis in Lichtenberg eine Sonderstellung im sowjetischen Repressionssystem in der SBZ/DDR ein. Außerdem gilt zu berücksichtigen, dass das NKWD/MGB im Gefängnis Nr. 6 zumindest 1945/46 in einem noch unbekanntem Ausmaß auch Vernehmungen von Untersuchungsgefangenen durchführen ließ.⁶³

Das dominante und selbstherrliche Gebaren der Berliner Untersuchungsoffiziere in der Haftanstalt war der Leitung der Abteilung Speziallager von Anfang an ein Dorn im Auge. Aber erst mit der in Moskau beschlossenen Herauslösung der Geheimpolizei in

Der leitende Personalbestand der Staatssicherheitsorgane der UdSSR in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und der DDR von 1945–1954. Berlin 2010, S. 716.

57 In Unterlagen vom Dezember 1945 wird Tschernow als Versorgungsinspektor des Gefängnisses erwähnt. N. W. Petrow: Wer diente in den sowjetischen Organen der Staatssicherheit in Deutschland 1945–1954. Ein Nachschlagewerk, Moskau 2017 (russisch), S. 58, 1034.

58 Schreiben von Tschernow an Swiridow vom 25. September 1946, GARF 9409/1/134, Bl. 22; Petrow, Geheimdienstmitarbeiter, S. 175; Ders., Wer diente in den sowjetischen Organen, S. 653/654.

59 Am 25. Mai 1945 wurde z. B. eine Gruppe von 100 internierten Zivilisten nach Werneuchen verlegt. GARF 9409/1/324, Bl. 38. Einen Lkw-Transport von „etwa 80 Mann“ Mitte Juni 1945 nach Weesow beschreibt Hermann Just: Die sowjetischen Konzentrationslager auf deutschem Boden 1945–1950, hrsg. von der Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit 1952, S. 59. Siehe auch: 9409/1/327, Bl. 77; Vorgang Marga Billerbeck, Zeitzeugenarchiv Gedenkstätte Hohenschönhausen (ZGH); Vorgang Friedrich Wilhelm Kurze, ZGH.

60 Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich Ebertstiftung (AdSD), Bestand Ostbüro, Akte 0421 (Haftberichte), Innerpolitische Information Nr. 71 vom 8. September 1949, S. 2.

61 Petrow: Geheimdienstmitarbeiter, S. 68.

62 Im internen Schriftverkehr wurde die Anstalt auch als „Gefängnis oder Lichtenberger Gefängnis des BOS“ – Abkürzung für den Berliner Opersektor – bezeichnet. Z. B.: Schreiben von Tschernow an Swiridow vom 25. September 1946, GARF 9409/1/134, Bl. 22. Siehe auch: Brief von Swiridow an Serow vom September 1946, GARF 9409/1/132, Bl. 33.

63 Z. B.: Emmy Goldacker: Der Holzkoffer. Leben und Überleben einer Frau in sowjetischen Lagern, Hameln 1982, S. 36.

der SBZ aus dem bisherigen Verantwortungsbereich des Innenministeriums MWD und ihrem Wechsel zum Staatssicherheitsministerium MGB schlug ihr Abteilungschef Oberst Michail Swiridow im September 1946 vor, die Haftanstalt in Berlin-Lichtenberg als Inneres Gefängnis an den Berliner Opersektor abzutreten.⁶⁴ Der Leiter des MGB in der ehemaligen Reichshauptstadt Generalmajor Alexej Sidnjew ging auf die Offerte Swiridows, die dieser mit dem stellvertretenden Innenminister abgestimmt hatte, nicht ein. Sidnjew hatte offensichtlich kein Interesse daran, die für ihn vorteilhafte administrative Situation des Gefängnisses Nr. 6 zu ändern. Erst als Swiridow in einem internen Schreiben die Auflösung des sowjetischen Haftortes in Erwägung zog⁶⁵, erfolgte nach fünf Tagen, am 27. März 1947, die unverzügliche Übernahme des Anstaltskomplexes mit Personal und Inventar durch den nunmehrigen Opersektor des MGB.⁶⁶

Die Insassen der Haftanstalt in der Nachkriegszeit

Der mehr als anderthalbjährigen „Doppelunterstellung“ der Lichtenberger Haftanstalt und der späteren Ablage der Akten der Abteilung Speziallager im Russländischen Staatsarchiv (GARF) verdankt die historische Forschung in der postsowjetischen Ära den Zugriff zumindest auf einzelne aussagekräftige Quellen über den Betrieb der Einrichtung. Die im folgenden aufgeführten Stärkemeldungen des Gefängnisses an die Abteilung Speziallager berücksichtigen allerdings nur die Belegungsstärke an einem festen Stichtag am Monatsende. Sie enthalten jedoch kein Datenmaterial zu den absoluten Belegungszahlen und zu den Zu- und Abgängen in den einzelnen Berichtszeiträumen. Nach den vorliegenden Angaben war die Magdalenenstraße bei einer ausgewiesenen Kapazität von 400 Plätzen⁶⁷ von August 1945 bis Anfang März 1946 zum Stichtag mit durchschnittlich 160 bis 170 überwiegend männlichen Personen belegt. Kurz darauf wuchs die entsprechende Zahl in Lichtenberg um mehr als das Doppelte an. Bis Ende 1946 betrug der rechnerische Mittelwert dann etwa 350 Untersuchungsgefangene und verurteilte Häftlinge. Mit 620 Personen weist der Erfassungsbogen vom 30. Juni 1946 den höchsten Belegungswert aus. In den ersten drei Monaten des Jahres 1947 ging die Zahl der Anstaltsinsassen am Stichtag dann wieder auf durchschnittlich 170 Delinquenten zurück.⁶⁸

64 Brief von Swiridow an Serow vom September 1946, GARF 9409/1/132, Bl. 33; Siehe auch: Natalja Jeske/Jörg Morré: Die Inhaftierung von Tribunalverurteilten in der SBZ, in: Sowjetische Militärtribunale, Bd. 2: Die Verurteilung deutscher Zivilisten 1945–1955, herausgegeben von Andreas Hilger, Mike Schmeitzner und Ute Schmidt, Köln/Weimar/Wien 2003, S. 619 f.

65 Brief von Swiridow an Serow vom 22. März 1947, GARF 9409/1/133, Bl. 63. Wie die Insassen des im September 1946 liquidierten Gefängnisses Nr. 5 in Neustrelitz sollten die Gefangenen aus Lichtenberg in die Zone II des Speziallagers Nr. 7 in Sachsenhausen aufgenommen werden. Lutz Prieß: Das Gefängnis des NKVD Nr. 5 Strelitz, in: Sowjetische Speziallager in Deutschland 1945 bis 1950, hrsg. von Sergej Mironenko, Lutz Niethammer, Alexander von Plato in Verbindung mit Volkhard Knigge und Günter Morsch, Bd. 1, Berlin 1998, S. 455.

66 Der entsprechende Befehl der Abteilung Speziallager des MWD in Deutschland Nr. 0013 wurde erst zwei Tage nach der Übergabe am 29. März 1947 erlassen. Petrow: Wer diente in den sowjetischen Organen, S. 58.

67 Angaben von Mitte August 1945 und März 1947. Zwischenzeitlich wird in der Speziallagerstatistik die Aufnahmekapazität mit 600 Plätzen angegeben. Peter Erler: Der Lagerstandort Frankfurt an der Oder und das Gefängnis Nr. 6 in Berlin-Lichtenberg, in: Mironenko/Niethammer/von Plato, Speziallager, Bd. 1, S. 450; Brief von Swiridow an Serow vom 22. März 1947, GARF 9409/1/133, Bl. 63. Die Erhöhung der Aufnahmekapazität erreichte die Gefängnisleitung durch eine radikale Überbelegung der ursprünglichen Hafträume und die Umwidmung von Arbeitssälen und anderer Funktionsräume in Gruppenzellen.

68 Erler: Lagerstandort, S. 450, Diagramm.

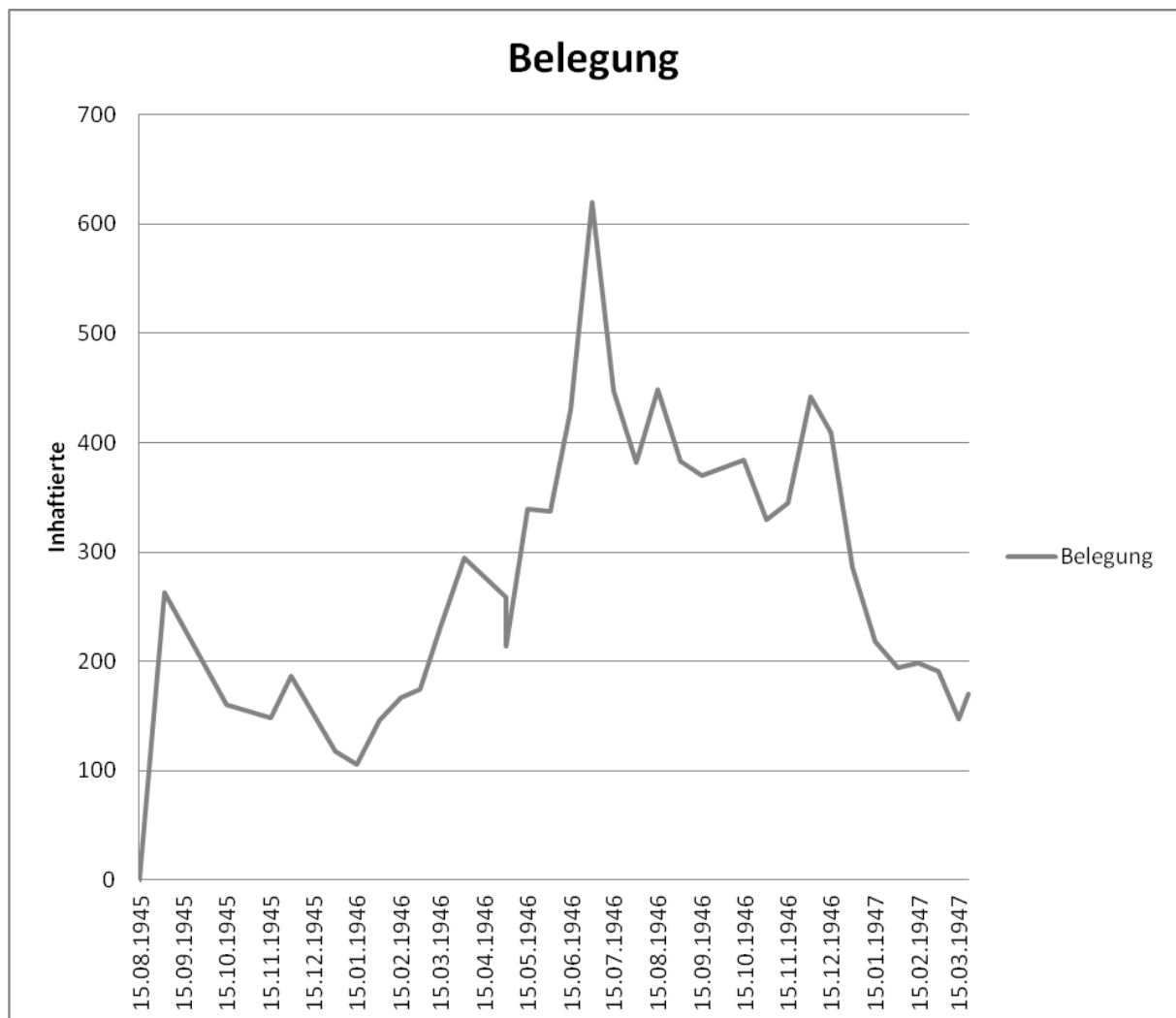


Diagramm: Stärkemeldungen des Gefängnisses Nr. 6 an die Abteilung 1945–1947

Unter Berücksichtigung der fehlenden Daten für die Monate Mai bis Juli 1945 durchliefen bis März 1947 vermutlich etwa 2 000 bis 2 500 zumeist männliche Delinquenten die Lichtenberger Haftanstalt. Auch für die Folgezeit bis September 1953, für die kein statistisches Datenmaterial vorliegt, muss eine Schätzung der Insassenzahl sehr vage bleiben. Alles in allem geht der Autor von einer Gesamtbelegung des Gefängnisses Nr. 6 mit ungefähr 8 000 bis 9 000 Personen aus.⁶⁹ Bei den Eingespernten handelte es sich um zwei, sich lediglich durch ihren juristischen Status unterscheidende Betroffenen-Gruppen: Untersuchungs- und Strafgefangene.

Die erste Kategorie, die Untersuchungsgefangenen, umfasste Personen, die zumeist aus dem Wirkungsbereich des Berliner NKWD/MGB-Opersektors kamen und durch diesen in Lichtenberg eingeliefert worden waren. Ihr Anteil an der Gesamtbelegung lag im November 1945 bei etwa 40 Prozent.⁷⁰ Trotzdem ist es irreführend, ausgehend von diesem Sachverhalt die Haftanstalt in Lichtenberg als Untersuchungsgefängnis zu bezeichnen.⁷¹

69 Die Personendatenbank der Gedenkstätte Hohenschönhausen speichert die Namen und weitere biographische Angaben von über 1.000 ehemaligen Insassen des Gefängnisses Nr. 6.

70 Jeske/Morré: Inhaftierung, S. 620/621.

71 Erler: Lagerstandort, S. 450; Jeske/Morré, Inhaftierung, S. 622.

Bei diesen Verhafteten war das geheimpolizeiliche Ermittlungsverfahren bereits abgeschlossen, und ihre Verurteilung stand unmittelbar bevor. Unabhängig davon fanden im Gefängnis Nr. 6 mitunter weitere Befragungen und Nachuntersuchungen durch Militärjuristen und MGB-Offiziere statt. Wie Zeitzeugenberichte belegen, kam es im Rahmen dieser Zusammenkünfte auch öfter zu diversen Anwerbungsversuchen.⁷² Nach der rechtskräftigen Verurteilung galten die bisherigen Untersuchungsgefangenen automatisch als Strafgefangene und wurden entsprechend behandelt. Innerhalb der Anstalt wechselten sie lediglich die Zelle, wo sie dann oft mit Verurteilten, die aus anderen Haftorten der verschiedenen Opersektoren in der SBZ nach Lichtenberg überstellt worden waren, der bevorstehenden Realisierung der verhängten Sanktionen entgegensahen. Im Gefängnis Nr. 6 gab es immer ein bemerkenswertes Kontingent an ausländischen Insassen. So lag ihr Anteil an der Gesamtbelegung im November 1946 bei rund 51 Prozent.⁷³ In den überlieferten Akten werden sogar ein Brite und eine Staatsbürgerin der USA erwähnt.⁷⁴ Die größte nichtdeutsche Gruppe stellten insbesondere 1945/46 jedoch Russen und Angehörige anderer im Moskauer Imperium lebender Völkerschaften. Konkret handelte es sich dabei um Emigranten, die Russland nach 1917 verlassen mussten und sogenannte Vaterlandsverräter, die auf der Seite des deutschen Kriegsgegners gekämpft hatten. Weiterhin gehörten zu dieser Gruppe auf unterschiedliche Art straffällig gewordene Soldaten und Offiziere der Roten Armee sowie einzeln oder gruppenweise aus der Sowjetunion in die SBZ eingesickert Kriminelle und Berufsverbrecher.

Militärtribunalpraxis bis 1947

Die meisten der in Lichtenberg inhaftierten Untersuchungsgefangenen wurden vom Tribunal der sowjetischen Garnison der Stadt Berlin verurteilt. Dieses Militärgericht hatte seit Mai 1945 seine zentrale Tagungsstätte im ehemaligen Betsaal im Westflügel des Anstaltsgebäudes. In dem zweckentfremdeten Raum, dessen Wände mit roten Tüchern drapiert waren, standen noch die alten Kirchbänke. Gleichfalls mit rotem Stoff bedeckt hatte man einen langen Tisch auf einem Podest, an dem in einer Reihe die sowjetischen Militärjuristen und seitlich von ihnen ein Dolmetscher Platz nahmen.⁷⁵ Die beiden großen Fenster zur Magdalenenstraße hin blieben ohne äußere Sichtblenden.⁷⁶ Das Tribunal der sowjetischen Garnison von Berlin tagte in der Regel unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Nur in speziellen Fällen organisierte die Militärjustiz Schauprozesse mit denen konkrete propagandistische Effekte erreicht werden sollten und an denen dementsprechend deutsche und auch ausländische Journalisten teilnehmen durften. Diese Verfahren, wie zum Beispiel der sogenannte Sachsenhausen-Prozess Oktober/November 1947

72 Z. B.: Goldacker: Holzkoffer, S. 40/41; Peter Erler: Werner Pünder und sein einzigartiges Hafttagebuch. Die Geschichte eines katholischen Hitlergegners in amerikanischer und sowjetischer Gefangenschaft. Juni 1946 bis August 1953. Teil I, in: ZdF, Ausgabe Nr. 36/2014, S. 89.

73 Jeske/Morré: Inhaftierung, S. 621.

74 GARF 9409/1/786, Bl. 23; GARF 9409/1/785, Bl. 26; 9409/1/14, Bl. 11.

75 Goldacker: Holzkoffer, S. 41; Peter Bordihn: Bittere Jahre am Polarkreis. Als Sozialdemokrat in Stalins Lagern, Berlin-Ost 1990, S. 43; Petersen: Schnauze, S. 421; S. 88; Gerda Schendzielorz: Der Garten der Einsamkeit, Hameln 1995, S. 88; Dieter Rieke: Geliebtes Leben. Erlebtes und Ertragenes zwischen den Mahlsteinen jüngster deutscher Geschichte, Berlin 1999, S. 141; Friedrich-Franz Wiese: Zum Tode verurteilt! Überleben im GULag, Rostock 2009, S. 86.

76 Ursula Rumin: Im Frauen-GULag am Eismeer, München 2005, S. 87. Heute befindet sich in dem Raum der Kultur- und Veranstaltungssaal der Berliner Justizvollzugsanstalt für Frauen. Justizvollzugsanstalt für Frauen Berlin, Berlin o.J. agenten

in Berlin-Pankow, fanden jedoch nicht im Gefängnis Nr. 6, sondern in öffentlichen Gebäuden mit großen Versammlungsräumen statt.⁷⁷ Nach gegenwärtigem Erkenntnisstand verhängte das SMT der Garnison Berlin bis Januar 1947 mindestens gegen 98 namentlich bekannte deutsche Verhaftete – bis auf eine Frau alles Männer – die Todesstrafe.⁷⁸ Nicht immer liegen für diese Verurteilten detaillierte Informationen hinsichtlich der unterstellten Tatvorwürfe vor. Ein beträchtlicher Teil von ihnen wurde wegen konkreter Kriegsverbrechen, begangener Untaten gegen die Menschlichkeit und anderer NS-Delikte sowie wegen bewaffneter Widerstandshandlungen gegen die sowjetische Besatzungsmacht angeklagt. Bei weiteren Betroffenen begründeten die Militärjuristen die Verhängung der Höchststrafe mit deren allgemeinen politisch-ideologischen, beruflichen oder militärischen Aktivitäten für das NS-Regime.⁷⁹

Unter den „Todesstrafeln“, die zumeist auf Grundlage des Erlasses des Präsidiums des Obersten Sowjets vom 19. April 1943 (Ukas 43) belangt worden waren, befanden sich unter anderem hochrangige Juristen, leitende Beamte aus verschiedenen Ministerien, Gestapomitarbeiter und deren Zuträger, wie zum Beispiel das KPD-Mitglied Ernst Rambow, eine Reihe von KZ-Schergen, Zivilisten, die an der Misshandlung von Zwangsarbeitern bzw. an der Deportation jüdischer Bürger beteiligt waren, sowie Autoren anti-sowjetischer Schriften. Weiteren mit der Todesstrafe Bedachten wurden kritische Äußerungen über die Besatzungsmacht, Waffenbesitz und Werwolf-Aktivitäten zum Verhängnis. Prinzipiell musste die Höchststrafe in Moskau bestätigt werden. Zudem reichten viele der zum Tode Verurteilten, die getrennt von den anderen Gefängnisinsassen in der vierten Etage des Anstaltsgebäudes untergebracht waren,⁸⁰ beim offiziell zuständigen Obersten Sowjet der UdSSR in Moskau ein schriftliches Gnadengesuch ein, über welches aber letztendlich die Kommission für Gerichtssachen beim Politbüro des ZK des KPdSU(B) entschied⁸¹. Wegen dieses zeitaufwendigen Procederes sticht diese spezielle Häftlingsgruppe durch die durchschnittlich längste Aufenthaltsdauer in Berlin-Lichtenberg hervor.⁸² Bei drei der 98 zum Tode Verurteilten konnten keine amtlichen Unterlagen für die Ausführung der Höchststrafe ermittelt werden. Fünf Männer starben

77 Einen weiteren Schauprozess, über den die Presse ausführlich berichtete, führte das Tribunal der Berliner Garnison z. B. im Dezember 1946 durch. GARF 9409/1/148, Bl. 167. Zur Berichterstattung über Militärtribunalverfahren in den Printmedien der SBZ siehe z. B.: Andreas Weigelt: Vorwurf: Aktiver Nazi, Werwolf oder Agent. Die Verhaftungspraxis sowjetischer Geheimdienste in und um Bad Freienwalde 1945–1955, Berlin 2018, S. 231.

78 Todesurteile sowjetischer Militärtribunale gegen Deutsche (1944–1947). Eine historisch-biographische Studie, hrsg. von Andreas Weigelt, Klaus-Dieter Müller, Thomas Schaarschmidt und Mike Schmeitzner, Göttingen/Bristol 2015.

79 Es kann davon ausgegangen werden, dass bei den verhafteten Frauen und Männern, die 1945/46 zu Freiheitsstrafen verurteilt wurden, identische Haftgründe vorlagen. E. Goldacker erwähnt z. B. Sekretärinnen von Hitler und Canaris. Goldacker, Holzkoffer, S. 38/39.

80 Ebd.

81 Olga Lavinskaja: Gnadenvverfahren des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, 1950 bis 1953: Eine archivwissenschaftliche Beschreibung unbekannter Quellen zum Spätstalinismus, in: Andreas Hilger (Hrsg.): „Tod den Spionen!“. Todesurteile sowjetischer Gerichte in der SBZ/DDR und in der Sowjetunion bis 1953, Göttingen 2006, S. 79–83; Nikita Petrov: Die Todesstrafe in der UdSSR. Ideologie; Methoden, Praxis. 1917–1953, in: Ebd., Göttingen 2006, S. 48.

82 Brief von Swiridow an Serow vom 22. März 1947, GARF 9409/1/133, Bl. 63. Bei Irmgard Böhlke dauerte die Bearbeitung des Begnadigungsgesuches z. B. vom 27. Dezember 1945 bis zum 18. März 1946. Vorgang Irmgard Böhlke, ZGH.

in Lichtenberg vor der Urteilsvollstreckung.⁸³ Vier weitere waren an einem Fluchtversuch beteiligt und kamen dabei um. Die nach bisherigen Kenntnissen letzte vom SMT der Berliner Garnison angeordnete Tötung fand am 20. März 1947 statt.⁸⁴

Wie über den oder die geheimen Exekutionsorte so gibt es auch über die Zusammensetzung der Hinrichtungskommandos⁸⁵, die weiteren anwesenden Personen⁸⁶ und über den Verbleib der Leichen nur vage und schwer verifizierbare Angaben. Jeske/Morré behaupten, dass die vom Berliner Garnisonstribunal zum Tode verurteilten Personen auf dem Gelände des Gefängnisses Nr. 6 – in Frage kommen eigentlich nur entsprechend umgebaute und hergerichtete Kellerräume – durch Erschießen hingerichtet worden sind.⁸⁷ Für diese Lokalisierung gibt es jedoch keine Quellenbelege. Jeske/Morré berufen sich lediglich auf die monatlichen Stärkemeldungen des MWD. Ihre Argumentation geht von der falschen Annahme aus, dass die in den Monatsstatistiken als Abgänge aus der Magdalenenstraße erfassten Todesurteile auch dort vollstreckt worden sind.⁸⁸ Der Autor hat in den Primär- und Sekundärquellen sowie in den Ego-Dokumenten von Zeitzeugen jedoch keinen Hinweis gefunden, der diese Version stützen würde. Nach gegenwärtigem Erkenntnisstand hält er es für ausgeschlossen, dass die Höchststrafe auf dem Territorium oder in Räumlichkeiten der Haftanstalt vollstreckt wurde.⁸⁹ Unter den Gefangenen des Gefängnisses kursierte das Gerücht, dass die Höchststrafler nachts in einer Kiesgrube erschossen und begraben wurden.⁹⁰ Diese Vermutung korrespondiert in gewissem Grade mit seltenen und ungefähren Ortsangaben in überlieferten Erschießungsprotokollen, wie zum Beispiel „12 Kilometer südöstlich des Olympischen Dorfes [gemeint ist Dallgow-Döberitz]“.⁹¹ Einer der 98 Höchststrafler, Gustav Krüger, wurde im Speziallager Nr. 10 in Torgau erschossen.⁹² Die Angeklagten, die in Berlin-Lichtenberg und anderen Berliner Tribunaltagungsorten zu langjährigen Haftstrafen verurteilt worden waren, mussten im Gefängnis Nr. 6 noch eine unbestimmte Zeit in großen Sammelzellen verbringen. Im ersten Nachkriegsjahr war ihr erstes Etappenziel auf einer Lkw-Fahrt ins

83 Paul Henke wurde vom SMT der Garnison Berlin im MGB-Gefängnis Kleine Alexanderstraße wegen Spionage verurteilt. Er starb am 8. April 1947 in Lichtenberg an Unterernährung. Weigelt/Müller/Schaarschmidt/Schmeitzner: Todesurteile, S. 246; Erler: Pünder, Teil I, S. 87.

84 Weigelt/Müller/Schaarschmidt/Schmeitzner, Todesurteile, S. 116.

85 Es gibt einen indirekten Hinweis darauf, dass bis Dezember 1945 Angehörige des 105. NKWD-Grenzregiments die Exekutionen der in Berlin-Lichtenberg zum Tode Verurteilten durchgeführt haben könnten. Foitzik/Petrow: Geheimdienste, S. 242.

86 Laut Petrow nahmen an den Exekutionen der zuständige Militärstaatsanwalt sowie manchmal auch der Vorsitzende des Militärtribunals und ein Militärarzt teil. Nikita Petrow: Nach Stalins Szenarium. Die Rolle der NKWD-MGB-Organen der UdSSR bei der Sowjetisierung der Länder Zentral- und Osteuropas 1945–1953. Moskau 2011 (russisch), S. 135.

87 Diese Version, die dem damaligen Kenntnisstand entsprach, wurde leichtsinnigerweise auch in den Text der am 18. Februar 1998 enthüllten massiven Gedenktafel an dem Gefängnisgebäude in der Alfredstraße übernommen. Brief von Staatssekretär Christoph Flüge vom 20. Februar 1998 an den Autor, AA.

88 Jeske/Morré: Inhaftierung, S. 621.

89 Zur Problematik des Exekutionsortes hat der Autor auch mehrere Gespräche mit dem Fachhistoriker Dr. Andreas Weigelt geführt. Dieser vertritt gleichfalls die Auffassung, dass im Gefängnis Nr. 6 keine Hinrichtungen stattgefunden haben.

90 Erler: Pünder, Teil I, S. 94.

91 Petrov: Todesstrafe, S. 65; Petrov: Szenarium, S. 136. Über Leichenfunde im Berliner Umland 1946/47 berichtet auch eine von der SPD zusammengestellte Dokumentation. Terror in der Ostzone. Tatsachen klagen an! Herausgeber: Parteivorstand der SPD, Hannover 1948, S. 97. Auszuschließen ist in diesem Zusammenhang die durch den Anwohner Helmut Eikermann bekundete Grablegung Erschossener hinter den Häusern Magdalenenstraße 1-15. Halbrock: Mielkes Revier, S. 33.

92 Weigelt/Müller/Schaarschmidt/Schmeitzner: Todesurteile, S. 372.

Ungewisse das NKWD-Etappengefängnis Nr. 7 in Frankfurt an der Oder. Von dort aus wurden sie zum Vollzug ihrer Strafen mit Güterwaggons in das NKWD-Gefängnis Nr. 5 in Neustrelitz oder in die Zwangsarbeiterlager des sowjetischen GULAG-Systems abtransportiert.⁹³

Im Mai 1946 zog das Gefängnis Nr. 7 nach Fort Zinna am Stadtrand von Torgau um. Kurz darauf erfolgte seine Umbenennung in Speziallager Nr. 10. Für die aus Lichtenberg eingelieferten deutschen Insassen fungierte der neue Haftort nun als Vollzugseinrichtung und für die verurteilten Sowjetbürger weiterhin als Ausgangspunkt für Bahntransporte in Richtung Osten.⁹⁴ Ab November 1946 wurden die deutschen Verurteilten aus dem Gefängnis Nr. 6, die nicht für die Verrichtung von Zwangsarbeit im sowjetischen GULAG vorgesehen waren, nur noch in den neu eingerichteten Strafvollzugsabteilungen der Speziallager Nr. 4 in Bautzen und Nr. 7 in Sachsenhausen inhaftiert.

Haftbedingungen und Haftregime

Auch über die Haftbedingungen und das -regime in der sowjetischen Anstalt Lichtenberg liegen nur fragmentarische Quellenüberlieferungen vor. Nach Angaben vom August 1945 waren die kleineren, „grell-grün“ angestrichenen Zellen, in denen Tag und Nacht elektrisches Licht brannte, noch weitestgehend im ursprünglichen, von der deutschen Justizverwaltung hinterlassenen Ausstattungszustand erhalten. In ihnen befanden sich eine Stahlpritsche, auf der Holzplatten aufgeschraubt waren und die an der Wand befestigt werden konnte⁹⁵, ein quadratischer Hängeschrank, Tisch und Hocker sowie ein Eimer für die Notdurft.⁹⁶ Auf dem Fußboden lag noch der ursprüngliche Linoleumbelag.⁹⁷ Die Fenster der zu Zellen umgenutzten ehemaligen Funktionsräume, die zur Alfred- und Magdalenenstraße hinausgingen, waren dagegen bereits mit Blechblenden vernagelt.⁹⁸ Ein kurz bemessener „Freigang“ im Anstaltshof wurde zunächst nur den männlichen Gefangenen gewährt.⁹⁹ Obwohl die monatliche statistische Rechenschaftslegung an die Abteilung Speziallager etwas anderes aussagt, gab es vermutlich in den ersten Jahren im Gefängnis Nr. 6 keine als solche zu bezeichnende medizinische Betreuung

93 Am 13. November 1945 ging z. B. ein im Gefängnis Nr. 7 zusammengestellter größerer Transport in das in der nordwestrussischen Republik Komi gelegene INTLAG ab. Q: GARF 9409/1/720, Bl. 236. Für das Jahr 1946 sind auch Transportfahrten aus Lichtenberg direkt nach Neustrelitz dokumentiert. Abschrift des Interviews mit Irmgard Böhlke vom 12. Dezember 1997, S. 24, ZGH

94 Die vielen Angehörigen der Sowjetarmee, die sich mit Syphilis und Tripper infiziert hatten und oft in den deutschen Zeitzeugenberichten Erwähnung finden, kamen ab 1946 zunächst zur Behandlung in das Spezialhospital des Lagers Sachsenhausen, bevor sie in den Strafvollzug überstellt wurden. Z. B.: Peter Erler: Werner Pünder und sein einzigartiges Hafttagebuch, Teil II, in: ZdF, Ausgabe Nr. 37/2015, S. 3.

95 Manuskript von 2002, S. 11, Vorgang Kurt Göringer, ZGH.

96 Als provisorische Toiletten dienten bis in die 1950er Jahre hinein mitunter zweckentfremdete Gefäße. Schendzielorz: Garten, S. 87; Rumin: Frauen-GULag, S. 86.

97 Manuskript von 2002, S. 11, Vorgang Kurt Göringer, ZGH.

98 Auch an der Innenseite der Zellentüren befanden sich Blechbeschläge. Goldacker: Holzkoffer, S. 36 ff. Die vergitterten Fenster der um den Gefängnisinnenhof angeordneten Zellen blieben offensichtlich ohne Blechverblendung. Rieke: Leben, S. 140; Schendzielorz: Garten, S. 87. Im Gegensatz dazu meint Werner Pünder, dass sein vergittertes Fenster zusätzlich mit einer verrosteten Sichtblende aus Blech versehen war. Erler: Pünder, Teil I, S. 87. Ähnlich äußert sich auch H. Schulze. Interview vom 29.11.1999, Vorgang Hannelore Schulze, ZGH. Vermutlich betraf diese Sperrmaßnahme nur die oberen Etagen.

99 Goldacker: Holzkoffer, S. 43.

bzw. Versorgung. Etwa ab November 1945 existierte eine aus mehreren Zellen bestehende „Krankenabteilung“.¹⁰⁰ In diesem Monat erstellte die Magdalenenstraße auch den ersten Sanitätsbericht für ihre vorgesetzte Dienststelle.¹⁰¹ Nach Angaben von Mai 1947 registrierte ein Gefängnisarzt bei seinen Rundgängen zwar den Krankenstand, unternahm aber nichts weiter, um den Leidenden zu helfen.¹⁰² Ein in den Sanitätsabteilungen der Speziallager üblicher Einsatz von speziell ausgebildeten Personen aus dem Kreis der Verhafteten kann bisher nur für den an der T4-Aktion beteiligten Arzt Dr. Arnold Warstadt belegt werden. Er war nach seiner Internierung am 22. Januar 1946 zunächst im Speziallager Nr. 3 in Berlin-Hohenschönhausen und dann neun Monate lang im Gefängnis Berlin-Lichtenberg als Hilfsmediziner tätig.¹⁰³

Im Vergleich mit den sowjetischen Speziallagern in der SBZ war die allgemeine Mortalität im Gefängnis Nr. 6 relativ gering. Dieser erstaunliche Sachverhalt resultierte vermutlich in erster Linie aus der hohen Fluktuation bzw. aus der verhältnismäßig geringen Verweildauer des übergroßen Teils der Häftlinge in Lichtenberg. Insgesamt starben laut Meldungen der Sanitätsabteilung von Juni 1945 bis Ende März 1947 85 Insassen an Krankheiten und Unterernährung¹⁰⁴, was eine monatliche Todesrate von durchschnittlich 0,5 Prozent ausmacht. Nur in den ersten beiden Monaten des Jahres 1947 stieg der entsprechende Wert durch die befehlsmäßige Reduzierung der Verpflegungsnormen ab November 1946 im Durchschnitt auf über 4 Prozent.¹⁰⁵ Demnach starben beispielsweise im Januar 1947 drei und im darauffolgenden Monat sieben Inhaftierte des Gefängnisses Nr. 6. Über die Sterbefälle im Mai 1945 und ab April 1947 konnte der Autor keine Angaben ermitteln. Gleichfalls nicht verifiziert werden konnte, wohin das Gefängnispersonal die in der Magdalenenstraße aus dem Leben Geschiedenen abtransportiert hat. Es ist nicht ausgeschlossen, dass diese Leichen auch auf dem „Totenacker“ des Speziallagers Nr. 3 an der Gärtnerstraße in Berlin-Hohenschönhausen verscharrt wurden.

In Berlin-Lichtenberg gehörten Schikanen und Willkürhandlungen, so unter anderem Diebstahl persönlicher Gegenstände und von Bekleidungsstücken¹⁰⁶, sowie tätliche Übergriffe gegenüber den Insassen zum Haftalltag. Gerade in den ersten Monaten nach der Kapitulation schallten die Schreie der brutal geschlagenen und getretenen deutschen

100 Brief des DRK-Suchdienstes München vom 15. Mai 2007, Vorgang Bernhard Kühl, ZGH. Der an Nierenstein- und Lungenentzündung erkrankte Berliner Polizeimajor Karl Heinrich musste im Oktober 1945 noch aus der Magdalenenstraße in das Krankenrevier des Speziallagers Nr. 3 verlegt werden. Peter Erler: Polizeimajor Karl Heinrich – NS-Gegner und Antikommunist. Eine biographische Skizze, Berlin 2007, S. 84.

101 Sanitätsbericht der Speziallager und Gefängnisse auf dem Territorium Deutschlands für November 1945, GARF 9409/1/292, Bl. 89.

102 Erler: Pünder, Teil I, S. 88.

103 Anne Kolouschek: Deutsche Ärzte in den Speziallagern der sowjetischen Besatzungszone und ihre Einbindung in die medizinische Versorgung am Beispiel der Speziallager Mühlberg und Bautzen. Dissertationsschrift vorgelegt an der Medizinischen Fakultät Carl Gustav Carus der Technischen Universität Dresden, Dresden 2017, S. 469; https://www.wuhletal.de/buch/wuhlgarten_t4.html.

104 Zu diesen Betroffenen gehört auch der Generalleutnant Bernhard Kühl. Er starb vor der Vollstreckung der Todesstrafe am 24. Februar 1945 an Lungenentzündung. In der Dokumentation von Weigelt und anderen wurde Kühl als Hingerichteter erfasst. Brief des DRK-Suchdienstes München vom 15. Mai 2007, Vorgang Bernhard Kühl, ZGH; Weigelt/Müller/Schaarschmidt/Schmeitzner: Todesurteile, S. 378.

105 Jeske/Morré, Inhaftierung, S. 621. Über die Mortalität ab April 1947 konnte der Autor keine Angaben ermitteln. Dass es im Gefängnis auch weiterhin „normale“ Sterbefälle gegeben hat, steht allerdings außer Zweifel. Siehe z. B.: Fußnote 143 und 160.

106 Erklärung Heinrich Romfelds vom 13. Juli 1950, Vorgang Friedrich Wilhelm Kurze, ZGH. Goldacker: Holzkoffer, S. 43.

Männer, aber auch Frauen, durch die Korridore.¹⁰⁷ Dabei nahmen die Aufseher „keine Rücksicht auf Kranke oder auf werdende Mütter“.¹⁰⁸ Abends drangen die häufig betrunkenen Wärter der unteren Dienstgrade zudem in die Zellen der weiblichen Gefangenen ein und vergewaltigten sie.¹⁰⁹ Darüber hinaus fiel das undisziplinierte Gefängnispersonal durch permanente Missachtung allgemeiner Wachvorschriften und damit verbundener Regelverstöße, wie zum Beispiel das Schlafen während des Dienstes, auf.¹¹⁰ In diesem Kontext kam es sogar vor, dass einzelne sowjetische Häftlinge „Hafturlaub“ erhielten oder gelegentlich bei Beschaffungstouren ins Berliner Umland mitgenommen wurden.¹¹¹ Das nachlässige und dienstwidrige Verhalten der „Kerkermeister“ begünstigte bis Februar 1946 mindestens vier Fluchtaktionen und Ausbruchsversuche.¹¹² Zwei dieser Unternehmen konnten nur durch Gewaltanwendung verhindert werden.¹¹³

Angesichts der unhaltbaren Zustände im Gefängnis Nr. 6 sah sich der Leiter der Abteilung Speziallager Oberst Swiridow im Januar 1946 veranlasst, die Anstalt zu inspizieren. Eine weitere Untersuchungskommission entsandte der Berliner Opersektor nach Lichtenberg. Der seit Ende September 1945 amtierende Leiter der Hafteinrichtung Major Nikolaj Sasikow behinderte jedoch nach Kräften die für ihn nachteiligen Nachforschungen beider übergeordneter Dienststellen. Erst der bereits versetzte Oberleutnant Batrakow, ehemaliger Leiter der Verwaltungs- und Wirtschaftsabteilung des Gefängnisses, der mit Sasikow auf Kriegsfuß stand, setzte Swiridow und den Chef des Opersektors Generalmajor Sidnew über die verheimlichten Vorfälle und die allgemeine, besorgniserregende Situation in der Lichtenberger Anstalt wahrheitsgemäß in Kenntnis.¹¹⁴ Es ist anzunehmen, dass diese Hintergrundinformationen schließlich zur Amtsenthebung Major Sasikows Ende März 1946 führten.¹¹⁵ Bei seinem Nachfolger Hauptmann Michail Korotkewitsch war offensichtlich ebenfalls ein schwerwiegender Zwischenfall für die Ablösung als Gefängnisleiter ausschlaggebend.¹¹⁶ Am 10. Oktober 1946 wagte eine Gruppe von Höchststraflern einen länger vorbereiteten Ausbruchversuch aus der vierten Gebäudetage. Während der Revolte, an deren Niederschlagung über vierzehn Mann des Anstaltspersonals und zusätzlich 30 Angehörige der benachbarten Garnison der Lichtenberger Kommandantur beteiligt waren, starben vier Häftlinge. Ein weiterer

107 Ebd., S. 39; Abschrift des Interviews mit Irmgard Böhlke vom 12. Dezember 1997, S. 20, ZGH; Am 15. Dezember 1945 verprügelt der Wachsoldat Poljakow eine gefangene Amerikanerin. Q: 9409/1/14, Bl. 11.

108 AdSD, Bestand Ostbüro, Akte 0421 (Haftberichte), Innerpolitische Information Nr. 71 vom 8. September 1949, S. 2.

109 Goldacker: Holzkoffer, S. 39. Meldung des Leiters der Sanitätsabteilung Hauptmann Pchakadse über die Vergewaltigung eines weiblichen Häftlings vom 17.2.1946. 9409/1/14, Bl. 16; Schreiben Oberleutnant Batrakows vom 17.2.1946, 9409/1/14, Bl. 13/14. Emmy Goldacker beschreibt allerdings auch sowjetisches Personal, das Mitgefühl zeigte, Trost spendete und einzelne weibliche Gefangene mit kleinen Gesten unterstützte. Goldacker: Holzkoffer, S. 44 ff.

110 GARF 9409/1/14, Bl. 12.

111 Foitzik: Petrow, Geheimdienste, S. 245; GARF 9409/1/14, Bl. 21. Siehe auch: Goldacker: Holzkoffer; S. 42.

112 Anweisung des Chefs des Opersektors Berlin Generalmajor Sidnew ... vom 7. Januar 1946, in: Foitzik: Petrow, Geheimdienste, S. 245; GARF 9409/1/14, Bl. 13, 21; Erler: Lagerstandort, S. 451.

113 Schreiben Oberleutnant Batrakows vom 17.2.1946, GARF 9409/1/14, Bl. 13.

114 Ebd., Bl. 13/14.

115 Im Februar 1947 wird Sasikow wieder als Leiter des Speziallagers Nr. 1 in Mühlberg eingesetzt. Petrow: Wer diente in den sowjetischen Organen, S. 653.

116 Korotkewitsch, zuvor stellvertretender Leiter des Speziallagers Nr. 7 in Sachsenhausen, amtierte vom 1. April bis zum 22. November 1946 als Gefängnisleiter. Ebd., S. 412.

Gefangener und ein Wärter wurden schwer verletzt.¹¹⁷ Nach diesem schwerwiegenden Zwischenfall übernahm am 22. November 1946 der ehemalige stellvertretende Leiter des Speziallagers Nr. 5 in Ketschendorf Hauptmann Artjom Buklanow die Leitung des Gefängnisses.¹¹⁸ Auch er amtierte nicht mal ein Jahr. Knapp fünf Monate, nachdem die Hafteinrichtung in der Magdalenenstraße Ende März 1947 vom MGB übernommen worden war, musste der MWD-Offizier seinen Posten räumen. An seine Stelle trat am 14. August 1947 der Mitarbeiter des Berliner Opersektors Major Pawel Kurnikow. Über die Gründe seiner Ablösung im Juni 1948 liegen keine Angaben vor. Auffällig ist, dass der erst vierzigjährige Offizier nach seiner anschließenden Rückkehr in seine Heimatstadt Baku in die Reserve des MGB überführt wurde.¹¹⁹ Als Chef des Gefängnisses Nr. 6 ersetzte ihn der in Verwaltungsangelegenheiten erfahrene Hauptmann Nikolai Talanow.¹²⁰ Als letzter sowjetischer Kommandant der Lichtenberger Haftanstalt agierte schließlich von Februar 1951 bis August 1953 Hauptmann Kiril Mizura.¹²¹

Außensicherung und Umfeld der Haftanstalt

Bewacht wurde das Gefängnis seit Sommer 1945 durch ein Bataillon des 105. Schützenregiments der Inneren Truppen des NKWD/MGB.¹²² Die gesamte Anlage riegelte zudem ein für sowjetische Militärobjecte typischer olivgrüner Bretterzaun mit mehreren hölzernen Wachtürmen, auf denen jeweils ein großer Scheinwerfer montiert war, von der Außenwelt ab.¹²³ Die Offiziere des Gefängnispersonals wohnten in der unmittelbaren Nachbarschaft in mehreren beschlagnahmten Wohnhäusern. Zu dem kompakten Geheimdienstareal in der Magdalenenstraße 6–14, welches zur Frankfurter Allee hin durch eine hohe Ziegelsteinmauer begrenzt war, gehörten außerdem eine Kantine, eine kleine Kaserne für die unteren Wachdienstgrade, ein Benzinlager sowie ein Wirtschaftshof mit Kuhstall und Schweinekoben.¹²⁴ In Gebäuden des näheren Umfelds – teilweise noch in Sichtweite vom Gefängnis – hatten sich zwei weitere sowjetische Einrichtungen etabliert. In der Schottstraße 6, dem Verwaltungsgebäude der evangelischen Pfarr- und Glaubenskirchgemeinde, befand sich seit dem 23. April 1945 die sowjetische Stadtbezirkskommandantur Lichtenberg¹²⁵ mit einem kleinen sie umgebenden Sperrbezirk.¹²⁶

117 Foitzik, Petrow: Geheimdienste, S. 278/279. Silvester 1946 entweicht ein weiterer Häftling aus dem Gefängnis. Jahre später werden Anwohner Zeugen, wie ein Flüchtender vor dem Hauseingang der Magdalenenstraße 5 von Wachsoldaten erschossen wird. Eik: Stätten, S. 2; Eik: Topographie, S. 24. Auch hier steht die Frage, wo die Leichen der Getöteten entsorgt wurden. Siehe hierzu: Ebd.

118 Petrow: Wer diente in den sowjetischen Organen, S. 886.

119 Ab 1949 war er dann wieder in seinem ursprünglichen Beruf als Erdölingenieur tätig. Petrow: Geheimdienstmitarbeiter, S. 410.

120 Ebd., S. 642; Petrow: Wer diente in den sowjetischen Organen, S. 726.

121 Davor leitete er seit 1949 das Untersuchungsgefängnis der MGB-Opersektors Sachsen-Anhalt in Halle („Roter Ochse“) Petrow: Geheimdienstmitarbeiter, S. 468.

122 Russisches Staatliches Militärarchiv (RGWA) Dokument vom 5. September 1945. Zwischenzeitlich, von etwa Oktober bis Anfang Dezember 1946, bewachte wahrscheinlich ein Bataillon des 38. und dann des 127. Schützenregiments der MWD-Truppen in Deutschland das Gefängnis. Denkschrift des Chefs der Inneren Truppen des MWD Generalmajor Kusnezow ... vom 26. September 1946, in: Foitzik/Petrow: Geheimdienste, S. 164, 165. In den 1950er Jahren gehörten zum Wachkommando auch einige Schäferhunde. Rumin: Frauen-GULag, S. 101.

123 Im Bereich der Alfred- und Magdalenenstraße verlief der „russischgrüne“ Zaun vor der Bordstein- bzw. Rinnsteinkante. RGWA, Wach- und Verteidigungsplan des Gefängnisses Nr. 6 vom 10. Oktober 1946; Petersen: Schnauze, S. 433; Bordihn: Jahre, S. 42; Halbrock: Mielkes Revier, S. 33.

124 RGWA, Dokument vom 5. September 1945; LAB A Rep. 105, Nr. 19981, Nr. 19382, Nr. 19827, Nr. 19398, Nr. 19997; Eik: Stätten, S. 2; Eik: Topographie, S. 24.

125 LAB A Rep. 105, Nr. 36042.

126 Ebd., A Rep. 105, Nr. 7563.

Im Sommer 1946 mussten die deutschen Verwaltungsdienststellen des Bezirksamtes und die Polizei-Inspektion Lichtenberg¹²⁷ auch das links vom Gefängnis gelegene Bürogebäude des ehemaligen Landesfinanzamtes Berlin in der Normannenstraße 22 räumen. Nach Instandsetzungsarbeiten und dem Bau von Autogaragen auf dem Grundstück Magdalenenstraße 23 im Wert von 100 000 Reichsmark¹²⁸ zog dort die Informationsabteilung der SMAD unter ihrem einflussreichen Chef Oberst Sergej Tulpanow ein.¹²⁹



Plan: Umfeld des Gefängnisses 1948.

Eine besondere Bedeutung für die Insassen des Gefängnisses Nr. 6 hatte die Glaubenskirche am Roedeliusplatz. Die Sicht auf die beiden Zwillingstürme und das Schlagen der Turmuhr ermöglichte es den Verschleppten, die Lage ihres Haftortes zu bestimmen bzw. sich dort zeitlich zu orientieren.¹³⁰ Nicht nur den Christen unter ihnen boten der Anblick der in den Himmel ragenden Kreuze, das Glockengeläut sowie die Orgelmusik

127 Erster Leiter der Polizei-Inspektion Lichtenberg war vom 15. Juli bis zum 30. November 1945 Erich Mielke. Wilfriede Otto: Erich Mielke – Biographie. Aufstieg und Fall eines Tschekisten, Berlin 2000, S. 94 ff. Siehe auch: Lutz Heuer: KPD und SPD-Mitglieder der Polizeiinspektion Berlin-Lichtenberg auf dem Weg zur SED 1945–1947, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Heft 2/2016, S. 21–141.

128 LAB A Rep. 105, Nr. 19529.

129 SMAD-Handbuch. Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland 1945–1949, herausgegeben von Horst Möller und Alexandr O. Tschubarjan 2009, S. 243 ff. Zur Bautätigkeit im Komplex Normannenstraße ab 1950 siehe: Halbrock: Mielkes Revier, S. 37; Eik: Topographie, S. 26.

130 „Ihre Glocken sind alle 15 Minuten und zu jeder vollen Stunde zu hören.“ Bordihn: Jahre, S. 43. Siehe auch: Martin Hoffmann: „Widerstand gegen Menschenrechtsverletzungen und Sowjetisierung in Mitteldeutschland während der fünfziger Jahre“. Dissertation zur Erlangung des Doktorgrades der Geisteswissenschaft, Oederan/Sachsen Januar 1998, S. 151.

und der auch gut hörbare Gesang des Gemeindechores am Wochenende und an Feiertagen ferner geistige Unterstützung und wichtigen seelischen Trost.¹³¹ Hansgeorg Wagner erinnerte zum Beispiel, dass ihm das symbolhaft wirkende Posaunenstück „Macht hoch die Tür, die Tor macht weit“ am Heiligabend 1951 „neue Hoffnung“ gab.¹³²

Das Zäsurjahr 1947

Das Jahr 1947 war nicht nur wegen des erwähnten Unterstellungswechsels von der Abteilung Speziallager des MWD zum Berliner MGB-Opersektor ein Zäsurjahr für das Gefängnis Nr. 6. 1947 wirkten sich eine Reihe zentraler Entscheidungen auf dem Gebiet der sowjetischen und ostzonalen Repressionspraxis unmittelbar auf den Betrieb der Haftanstalt und die Zusammensetzung der Insassen aus. Eine der folgenreichsten Veränderungen betraf die schwerpunktmäßige Neuausrichtung der MGB-Verfolgungspraxis. In der SBZ und in Berlin bereits im zeitlichen Umfeld der Zwangsfusion von KPD und SPD gerieten zunehmend Einzelpersonen und organisierte Personengruppen, die eine offen oppositionelle oder kritische Haltung zur politischen Entwicklung in der SBZ einnahmen, in die Fänge der sowjetischen Sicherheitsorgane. Zu den nunmehr massenhaft verhafteten Gegnern und Widersachern der sich schrittweise konstituierenden SED-Diktatur und des demokratiefernen Besatzungsregimes gehörten neben Liberaldemokraten, Parteigängern der CDU, illegal agierenden Sozialdemokraten und Angehörigen studentischer Widerstandsgruppen auch als unzuverlässig angesehene Mitglieder der SED, ehemalige Mitglieder der KPD oder kommunistischer und linkssozialistischer Splittergruppen sowie andere Antifaschisten, darunter auch solche, die schon unter Hitler in Gefängnissen oder KZs eingesperrt hatten.

Mit dem voranschreitenden Zerfall der Antihitlerkoalition und dem sich andeutenden Ausbruch des Kalten Krieges forcierten 1946 zudem „westliche Agentenzentralen“ spürbar ihre Aktivitäten gegen die sowjetische Besatzungsmacht.¹³³ Dadurch gelangte ab 1947 eine wachsende Anzahl von Gefangenen nach Berlin-Lichtenberg, die insbesondere für amerikanische, britische und französische Geheimdienste sowie für die Organisation Gehlen tätig waren oder aus anderen, oft aber auch fadenscheinigen Gründen, unter Spionageverdacht gerieten. Durch diese Entwicklungen hatten dann ab 1947 die Einlieferungen in der Magdalenenstraße in ihrer übergroßen Mehrheit einen politischen Hintergrund¹³⁴ und betrafen nach sowjetischem Rechtsverständnis „konterrevolutionäre Verbrechen“, die im Strafgesetzbuch der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik unter Paragraph 58 zusammengefasst waren. Sogenannte NS-Täter traten

131 Manuskript „Der Weg aus der nationalsozialistischen Diktatur in die bolschewistische Unterdrückung“, o. D., S. 108, Vorgang Arno Wend, ZGH; Siegfried Jahnke: *Geschichten aus der GULAG-Welt*, Düsseldorf 2010, S. 41; Erler: *Pünder*, Teil I, S. 87; Rumin: *Frauen-GULag*, S. 101; Wiese: *Zum Tode*, S. 91.

132 *Vom Dresdner Kellergefängnis ins Lager. Schicksale politischer Häftlinge in Sachsen*. Katalog zur Ausstellung. Herausgegeben von Uljana Sieber, Dresden 2013, S. 110.

133 Z. B.: Paul Madrell: Einfallstor in die Sowjetunion. Die Besetzung Deutschlands und die Ausspähung der UdSSR durch den britischen Nachrichtendienst, in: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte*, Heft 2/2003, S. 198 ff. Die Autoren Wagner und Uhl sprechen gar von einem „Masseneinsatz westlicher Agenten gegen die Sowjetunion und ihre Satelliten [...] ab Ende 1946.“ Armin Wagner/Matthias Uhl: *BND contra Sowjetarmee. Westdeutsche Militärspionage in der DDR*, Bonn 2007, S. 37. Siehe auch: *Ebd.*, S. 47.

134 Jörg Morré: Modellierung des Feindbildes. Verhaftungen des NKWD als Vorbild für die Anfänge einer politischen Polizeiarbeit in der SBZ/DDR, in: Klaus Bästlein (Hrsg.) unter Mitarbeit von Markus Meckel, Armin Mitter und Falco Werkentin: *Martin Gutzeit. Ein deutscher Revolutionär. Die Umwälzung in der DDR 1989/90. Festschrift zum 65. Geburtstag und 25. Jubiläum als Landesbeauftragter*, Berlin 2017, S. 164.

zwei Jahre nach Kriegsende als Insassen des Gefängnisses Nr. 6 nur noch selten in Erscheinung.¹³⁵ Zu dieser Betroffenenengruppe gehörten zum Beispiel sechzehn ehemalige Aufseherinnen des Frauen-KZ Ravensbrück, die am 19., 20. und 21. Juni 1948 vom SMT der Garnison Berlin nach Kontrollratsgesetz Nr. 10 zu 25-jähriger Zwangsarbeit verurteilt worden sind.¹³⁶

Bedeutend blieb dagegen der Anteil der ursprünglich aus Russland bzw. aus der Sowjetunion stammenden Häftlinge, darunter mehrheitlich Armeeeingehörige und andere Mitarbeiter des Besatzungsapparates. Auch bei ihnen dominierte nun der Spionagevorwurf.¹³⁷ In geringer Zahl gelangten auch weiterhin Deutsche in das Gefängnis Nr. 6, deren kriminelle oder unterstellte kriminellen Aktivitäten als bedeutender strafwürdiger Verstoß gegen das Besatzungsregime qualifiziert wurden. So verurteilte das SMT der Garnison Berlin zum Beispiel am 22. Juli 1948 fünf Personen, die im Umfeld der Währungsreform in beträchtlichem Umfang Falschgeld hergestellt und in Umlauf gebracht hatten.¹³⁸ Weitere sieben Männer aus dem Land Brandenburg und dem Ostteil Berlins beschuldigten die sowjetischen Repressivorgane, in einem nicht näher bekannten Zusammenhang mit der Berlin-Blockade „Rindvieh und Kleinvieh auf dem schwarzen Markt verschoben und geschlachtet zu haben“.¹³⁹ Den vermeintlichen Hauptverantwortlichen bestrafte das SMT der Berliner Garnison Anfang Januar 1949 mit 25 Jahren Besserungsarbeitslager.¹⁴⁰ Aus quellenbezogener Perspektive ist anzumerken, dass die neue, gegen das Entstehen einer kommunistischen Diktatur politisch engagierte Insassenklientel im Gefängnis Nr. 6 bedeutend mehr autobiographische Schriften hinterlassen hat, als die Häftlinge mit mehr oder weniger starker NS-Belastung in den beiden Jahren zuvor.

Am 26. Mai 1947 wurde durch Erlass des Präsidiums des Obersten Sowjets die Todesstrafe aufgehoben und als neue Höchststrafe eine 25-jährige Lagerhaftstrafe eingeführt.¹⁴¹ Diese Entscheidung des Moskauer Gesetzgebungsorgans hatte für eine unbekannte Zahl von Untersuchungsgefangenen im sowjetischen Machtbereich eine existenzielle, lebensverlängernde Dimension. Auch in Berlin-Lichtenberg setzte sie der bis dahin üblichen militärrichterlichen Verordnung von Exekutionen ein Ende. Der nicht mehr benötigte Todestrakt in der vierten Etage des Zellentrakts wurde in der Folgezeit aufgelöst. Bereits seit Anfang April 1947 tagte das SMT der Garnison Berlin üblicherweise nur noch im ehemaligen Betsaal des Gefängnisses. Nach einem Zeitzeugenbericht führte

135 Z. B.: Petersen: Schnauze, S. 413 ff.

136 Marlies Coburger: Ehemalige KZ-Aufseherinnen als Internierte und SMT-verurteilte Häftlinge im sowjetischen Speziallager Sachsenhausen (1945–1950), in: Simone Erpel (Hrsg.): Im Gefolge der SS: Aufseherinnen des Frauen-KZ Ravensbrück, Berlin 2007, S. 154 ff.

137 Z. B.: Alexander Watlin: Zehn Jahre Lager für die Lektüre des Tagesspiegel, in: Der Tagesspiegel vom 30. Dezember 1999; Bericht des Ministers für Staatssicherheit V. Abakumov für G. Malenkov über Aussagen I. Feldmanns (Auszug), in: Bernd Bonwetsch/Gennadij Bordjugov/Normann M. Naimark (Hrsg.): Sowjetische Politik in der SBZ 1945–1949. Dokumente zur Tätigkeit der Propagandaverwaltung der SMAD unter Sergej Tjulpanov, Bonn 1998, S. 290; Joseph Scholmer: Arzt in Workuta. Bericht aus einem sowjetischen Straflager, München 1981, S. 35 ff.

138 Beschluss zum Rehabilitierungsantrag vom 20. April 2010, Vorgang Elga Nieft, ZGH.

139 Urteile des sowjetischen Militärgerichts gegen Schieber, in: Neues Deutschland vom 19. Jan. 1948.

140 Die anderen als „Schieber“ verhafteten Personen erhielten geringere Haftstrafen, die sie in Bautzen und im Zuchthaus Luckau verbüßen mussten. Weigelt: Vowurf, S. 231 ff.

141 Reinhart Maurach: Todesstrafe in der Sowjetunion, in: Osteuropa, Heft 11/12, November/Dezember 1963, S. 747 ff.

dieses Besatzungsgericht danach keine auswärtigen Tagungen mehr in anderen Haftanstalten durch.¹⁴² Weiterhin trat in Berlin-Lichtenberg ab ca. 1947 indirekt die Sonderberatung des MGB (OSO) in Erscheinung. Das unter anderer Bezeichnung seit den 1930er Jahren fungierende außergerichtliche Gremium fälltte in Moskau auf Grundlage der aus den Opersektoren vorliegenden Untersuchungsakten Fernurteile gegen Spionageverdächtige. Durch dieses Vorgehen sollten bestimmte Informationen und Interna des MGB vor der Militärjustiz geheim gehalten bzw. die entsprechenden Verfahren der Kontrolle anderer staatlicher Aufsichts- und Kontrollgremien entzogen werden.¹⁴³ Die Entscheidung des Pseudogerichts bekamen die Betroffenen in Berlin-Lichtenberg mündlich mitgeteilt. Danach wurden sie, wie bereits die Todesstrafler zuvor, von den anderen Verurteilten separat in Sammelzellen untergebracht und über die Zwischenstation Speziallager Sachsenhausen ausnahmslos in sowjetische Besserungslager mit strengem Regime deportiert.¹⁴⁴

Das Tribunal 48240

Im Jahr 1950 führten erneut zentrale Entscheidungen der östlichen Besatzungsmacht zu diversen signifikanten Veränderungen am Gefängnisstandort in Berlin-Lichtenberg. Nach Gründung der DDR am 7. Oktober 1949 reduzierten die sowjetischen Repressionsorgane ihr Personal und ihre Strukturen, formierten letztere teilweise um und konzentrierten sich in der Folgezeit auf nur noch wenige zentrale Standorte. Die Reduzierung der Mitarbeiterzahl und die Neubestimmung von Tätigkeitsschwerpunkten im sowjetischen Geheimdienstes machten den Berliner Opersektor als eigenständige MGB-Leitungs- und Verwaltungsebene überflüssig. Er wurde am 1. Juli 1950 aufgelöst.¹⁴⁵ Einzelne, weiter benötigte Einrichtungen und die dazugehörigen Dienstobjekte, wie auch die Hafteinrichtung in Berlin-Lichtenberg, wurden in die Apparatstruktur des Bevollmächtigten des MGB in Deutschland eingegliedert. Wie die im November 1949 aufgelösten zentralen Militärgerichte auf der Ebene der ehemaligen SMA-Landesverwaltungen und das gleichfalls aufgelöste Militärtribunal der SMAD¹⁴⁶ stellte offensichtlich auch das SMT der sowjetischen Garnison der Stadt Berlin allmählich seine Tätigkeit gegen deutsche Zivilisten ein. Nach bisherigen Erkenntnissen fanden die beiden letzten Tribunaltagungen des Berliner SMTs im Gefängnis Nr. 6 im April und im September 1950 statt. Am 19. und 20. April trat es zur Verurteilung einer Gruppe von Dresdner Sozialdemokraten um Arno Wendt und Arno Haufe zusammen¹⁴⁷, und am 28. September verhängte es eine zehnjährige Lagerhaftstrafe gegen Ruth Brandt wegen antisowjetischer Hetze und Mithilfe zur Fahnenflucht.¹⁴⁸

Ab 1950 organisierte sich die gesamte sowjetische Militärgerichtsbarkeit in der SBZ wieder bei den entsprechenden Truppenteilen. Ihre Organe – Staatsanwaltschaften und

142 Peter Erler: Werner Pünder und sein einzigartiges Hafttagebuch. Die Geschichte eines katholischen Hitlergegners in amerikanischer und sowjetischer Gefangenschaft. Juni 1946 bis August 1953. Teil I, in: ZdF, Ausgabe Nr. 36/2014, S. 87. Ausnahmen bildeten die erwähnten Schauprozesse.

143 Notizen des Innenministers der UdSSR, L. P. Berija, an das Präsidium des ZK der KPdSU über die Einschränkung der Rechte der Besonderen Konferenz beim MVD der UdSSR, in: Osteuropa-Archiv, November-Dezember 1998, S. 374/375.

144 Siehe z. B.: Bordihn: Jahr, 44 ff.

145 Petrow: Wer diente in den sowjetischen Organen, S. 56.

146 Möller/Tschubarjan: SMAD-Handbuch, S. 602f.

147 Mike Schmeitzner: Doppelt verfolgt. Das widerständige Leben des Arno Wendt, Berlin 2009, S. 198 ff.

148 Rehabilitierungsbescheinigung vom 15. Februar 1999, Vorgang Ruth Hofmann, ZGH.

Tribunale – wurden nur noch mit ihren Feldpostnummern bezeichnet.¹⁴⁹ Die Tagungsstätte im ehemaligen Betsaal übernahm bereits im Mai 1950 das SMT der Gruppe der Sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland, dessen zentrales Tribunal vermutlich bereits zuvor gelegentlich in Berlin-Lichtenberg zusammentrat. Dieses SMT mit der Feldpostnummer 48240 war in der DDR zudem das oberste sowjetische Militärgericht und agierte als Einspruchs- und Kontrollinstanz gegenüber den untergeordneten Armeetribunalen.¹⁵⁰

Durch die Auflösung der Speziallager Bautzen, Buchenwald und Sachsenhausen zwischen Januar und März 1950 kam eine Gruppe von etwa 470 Männern, die nicht für eine Entlassung vorgesehen waren, nach Berlin-Lichtenberg.¹⁵¹ Unter ihnen befanden sich unter anderem auch Häftlingsärzte und Angehörige der Beerdigungskommandos, die über detaillierte Informationen zur Mortalität und zum Umgang mit den Toten in den sowjetischen Gewahrsamsorten verfügten.¹⁵² Die Internierten aus dieser Gruppe wurden nach kurzer Verweildauer im Gefängnis Nr. 6 zu Haftstrafen verurteilt und gemeinsam mit den anderen ehemaligen Speziallagerhäftlingen in die Sowjetunion abtransportiert.¹⁵³

Die Wiedereinführung der Todesstrafe 1950

Bei dem aus Sicht der Betroffenen gravierendsten Ereignis des Jahres 1950 handelte es sich um die Wiedereinführung der Todesstrafe. Nach Darstellung vieler Historiker stand sie im kausalen Zusammenhang mit den Verhaftungen von Mitgliedern des Jüdischen Antifaschistischen Komitees und von führenden Funktionären der KPdSU(B) in Lenin-grad. Glaubt man den Mitteilungen der sowjetischen Presse vom 13. Januar 1950, so reagierte das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR mit dem Erlass „Über die Anwendung der Todesstrafe gegen Vaterlandsverräter, Spione, subversive Diversanten“ vom Vortage lediglich auf entsprechende „Bitten der Werktätigen“. Bezüglich der konkreten Ausführungsbestimmungen setzte MGB-Chef Wiktor Abakumow für bereits Inhaftierte eine rückwirkende Gültigkeit des „Ukases“, der im Vergleich mit der bis 1947

149 Möller/Tschubarjan: SMAD-Handbuch, S. 602f.

150 Diese Funktion übte es bereits in der SBZ aus. Andreas Hilger/Nikita Petrov: „Erledigung der Schmutzarbeit“? Die sowjetischen Justiz- und Sicherheitsapparate in Deutschland, in: Andreas/Schmeitzner/Schmidt: Militärtribunale, Bd. 2, S. 109.

151 Im Befehl Nr. 0022 des sowjetischen Innenministeriums vom 6. Januar 1950 wird die Zahl von „473 nicht verurteilten Personen“ erwähnt, die „an ein sowjetisches Gericht“ übergeben werden sollen. Bevor die „Buchenwalder“ in das Gefängnis Nr. 6 gebracht wurden, mussten sie noch mehrere Wochen Untersuchungshaft im zentralen Thüringer MGB-Gefängnis in Weimar über sich ergehen lassen. Einen ähnlich gelagerten Zwischenstopp zwecks Verurteilung erfolgte für die Internierten aus Bautzen vermutlich in einem MGB-Gefängnis in Dresden. Sowjetische Speziallager in Deutschland 1945 bis 1950, Band 2, eingeleitet und bearbeitet von Ralf Possek, Berlin 1998, S. 367; Totenbuch Speziallager Buchenwald 1945–1950, hrsg. von Volkhard Knigge und Bodo Ritscher, Weimar-Buchenwald 2003, S. 159.

152 Aus Sachsenhausen wurden vierzehn und aus Buchenwald neunzehn Personen als Angehörige von „medizinischen Sonderkommandos“ in das Gefängnis Nr. 6 eingeliefert. GARF 9409/1/175, Bl. 11–13; Totenbuch sowjetisches Speziallager Nr. 7/Nr. 1 in Weesow und Sachsenhausen 1945–1950, bearbeitet von Ines Reich, Berlin 2010, S. 361; Knigge/Ritscher: Totenbuch, S. 159. Kolouschek: Ärzte, S. 298 ff.

153 Auffällig viele der Betroffenen verurteilte die Sonderberatung des MGB in Moskau. Über die Magdalenenstraße wurden 1950 weiterhin 176 deutsche und 58 ausländische SMT-Verurteilte sowie eine unbekannte Zahl internierter russischer Emigranten, welche bis dahin gleichfalls in den Speziallagern inhaftiert gewesen waren, zum weiteren Strafvollzug in die Sowjetunion abtransportiert. Befehl Nr. 0022 des sowjetischen Innenministeriums vom 6. Januar 1950, in: Possek, Speziallager, S. 367/68; GARF 9409/1/181, Bl. 1–7.

geltenden Gesetzeslage nur bei einzelnen Straftatbeständen des Paragraphen 58 zur Anwendung kommen sollte, durch.¹⁵⁴ In der DDR war für alle Verfahrensfälle, bei denen die Verhängung der Todesstrafe in Betracht kam, das SMT der Sowjetischen Besatzungstruppen zuständig. Anfangs verhielt es sich noch recht zögernd bei der Anwendung der Höchststrafe, was auf massive interne Kritik stieß. Bei einer Reihe von Spionagefällen beklagte der Generalstaatsanwalt der UdSSR die Milde der Urteile und erwarbte durch Protest beim Militärkollegium des Obersten Gerichts in Moskau eine Neuverhandlung, die dann mit der Verhängung des gewünschten letalen Strafmaßes endete.¹⁵⁵ Die Situation beim SMT 48240 änderte sich erst, als der seit 1946 amtierende Vorsitzende des Gremiums, Generalmajor N. Majorow, im Dezember 1950 abgelöst und durch Oberst I. Pisarkow ersetzt wurde. Danach gab es aus Moskau keine, die Nachsicht gegenüber deutschen Angeklagten unterstellende Beschwerden mehr.¹⁵⁶

Insgesamt verurteilte das SMT der Sowjetischen Besatzungstruppen über Tausend deutsche Männer und Frauen zur Höchststrafe.¹⁵⁷ In Rahmen seiner Tätigkeit führte es auch auswärtige Tribunaltagungen in allen Landeshauptstädten und am Standort der Sowjetischen Aktiengesellschaft „Wismut“ in Chemnitz durch. Im Gefängnis Nr. 6 fällte das höchste SMT ab Mai 1950¹⁵⁸ mindestens 105 Todesurteile, von denen 87 vollstreckt wurden.¹⁵⁹ Von den vielfach eingereichten Gnadengesuchen entschieden die Moskauer Instanzen nur sehr wenige positiv, darunter unter anderem die Bittschrift von Erica Wallach, Adoptivtochter des angeblichen Superagenten Noel Field, sowie die von Heinz Kühne und Karl-Heinz Schmidl. Letztere waren Kurier des SPD-Ostbüros und verdankten ihr Leben ausführlichen Aussagen in der Untersuchungshaft, welche dem MGB wichtige Informationen für eine Pressekampagne und die Ausgangsbasis für eine flächendeckende Verfolgung von Sozialdemokraten in Ostdeutschland lieferten.¹⁶⁰ Die

154 Petrov: Todesstrafe, S. 66 ff.; Petrow: Szenarium, S. 138 ff., 141. Siehe auch: Verordnung des Plenums des Obersten Gerichts der UdSSR vom 14. April 1950, in: Hilger: Tod, S. 157 ff.

155 Z.B.: Fred Mrotzek: Der Fall Arno Esch. Zur Anatomie einer geheimdienstlichen Ermittlungsakte, in: Jahrbuch für Liberalismusforschung 2019, S. 379; Wiese: Zum Tode, S. 13.

156 Petrow: Szenarium, S. 146.

157 Von 1 112 in der DDR und zu einem geringen Teil auch in der UdSSR verhängten Todesstrafen gegen deutsche Zivilisten wurden 960 vollstreckt. Andreas Hilger/Nikita Petrow: „Im Namen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken“. Sowjetische Militärjustiz in der SBZ/DDR von 1945 bis 1955, in: „Erschossen in Moskau ...“. Die deutschen Opfer des Stalinismus auf dem Moskauer Friedhof Donskoje 1950–1953, herausgegeben von Arsenij Roginskij, Jörg Rudolph, Frank Drauschke und Anne Kaminsky im Auftrag von Memorial International, Moskau, Facts & Files – Historisches Forschungsinstitut Berlin und der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Berlin, 3. Vollständig überarbeitete Auflage, Berlin 2008, S. 31. Darüber hinaus verurteilte das SMT 48240 auch etwa fünfzehn sowjetische Staatsangehörige zum Tode. Arsenij Roginskij: „Um unverzügliche Vollstreckung des Urteils wird ersucht“. Letzte Dokumente über die von 1950 bis 1953 in Moskau erschossenen Deutschen, in: ebd., S. 46.

158 Petrow: Szenarium, S. 141.

159 Jörg Rudolph/Frank Drauschke/Alexander Sachse: Hingerichtet in Moskau. Opfer des Stalinismus aus Berlin 1950–1953, Berlin 2007, S. 74, 102. Diese Aufstellung ist nicht vollständig. Weitere Namen von Betroffenen in: Roginskij/Rudolph/Drauschke/Kaminsky, Erschossen in Moskau. Unberücksichtigt blieben vermutlich auch Russen und Personen anderer Nationalitäten, die die deutsche Staatsbürgerschaft erworben hatten. Petrov: Todesstrafe, S. 69/70; <http://stalin.memo.ru/spiski/tomi16.htm>. Der Verurteilte Max Strötzel starb am 6. Juli 1951 in Berlin-Lichtenberg an TBC. Hilger: Tod, S. 23; Roginskij: Vollstreckung, 67.

160 Roginskij: Vollstreckung, S. 56. Siehe auch: Peter Erler: Haft, Verrat und Widerstand. Ein „Agent“ des Ostbüros berichtet., in: ZdF 2002, H. 11, S. 194 ff.

letzten beiden in Berlin-Lichtenberg gefällten Todesurteile, die dann in Moskau vollstreckt wurden, galten nach gegenwärtigem Kenntnisstand am 29. Dezember 1952 Heinz Schnoor und am 15. Januar 1953 Paul Kober.¹⁶¹

Am 5. Februar 1953 beschloss das Büro des Präsidiums des ZK der KPdSU, dass für alle SMTs in der DDR der Ausnahmezustand des Krieges beendet sei und dass sich diese bei Verhandlungen mit ausländischen Angeklagten ab sofort nach den „Gesetzen der Friedenszeit“ zu richten haben. Dadurch war es den betroffenen Deutschen möglich, neben der Stellung von Gnadengesuchen nun auch Berufung gegen die gefällten Urteile einzulegen.¹⁶² Nach dieser Entscheidung und dem Tod Stalins im folgenden Monat gab es nur noch vereinzelte sowjetische Höchststrafenurteile gegen deutsche Zivilisten.¹⁶³

Über 90 Prozent der Todeskandidaten wurde Spionage als Hauptdelikt unterstellt. Dementsprechend spielte bei der Aburteilung durch das SMT 48240 Strafrechtsartikel 58-6 die ausschlaggebende Rolle. Die Betroffenen waren mehrheitlich aktive Gegner des DDR-Regimes und seiner sowjetischen Schutzmacht. Ihre mittlerweile bekannten Biographien vermitteln einen nachhaltigen Eindruck darüber, wie breit gefächert der politisch motivierte Widerstand in Form von Informationssammlung und Untergrundtätigkeit Anfang der fünfziger Jahren war. Zu den Höchststrafnern gehörten beispielsweise mehrere Studenten der FU Berlin, Aktivisten der KGU und Angehörige kleinerer, zum Teil selbstständig agierender Organisationsstrukturen. Allein in der illegalen Gruppe „Immer bereit sein“ wirkten zehn zum Tode verurteilte Männer. In der deutlichen Mehrzahl der erfassten Todesfälle führte das neu gebildete MfS die Festnahmen, denen teilweise Entführungsaktionen aus West-Berlin vorangegangen waren, und mitunter auch die Erstvernehmungen durch. Mit der Übergabe an den MGB verletzte die Staatssicherheit hinsichtlich der DDR-Bürger vielhundertfach das im Artikel 10 der Verfassung des ostdeutschen Teilstaates verbriefte Recht auf Auslieferungsschutz.

Häftlingstransporte ab 1950

Unter Berücksichtigung der im Zeitraum 1945 bis 1947 aufgetretenen Probleme hinsichtlich der Geheimhaltung bei den Vollstreckungen der Todesstrafe¹⁶⁴ wurden die Exekutionen ab 1950 zentral in Moskau durchgeführt. Der Abtransport der Todesstrafner aus dem Gefängnis Nr. 6 erfolgte, wie auch für die Verurteilten, die eine Haftstrafe antreten mussten, vom Güterbahnhof Hohenschönhausen aus.¹⁶⁵ Für die Lkw-Fahrt dorthin, den technischen und allgemeinen Zustand der nach außen getarnten Gefangenentransportwagen sowie die Bereitstellung von Lebensmitteln für die unfreiwillig Reisenden war der Leiter des Gefängnisses verantwortlich.¹⁶⁶ In der kalten Jahreszeit wurden

161 Roginskij/Rudolph/Drauschke/Kaminsky: Erschossen in Moskau, S. 390, 229.

162 Petrow: Szenarium, S. 146.

163 Ebd., S. 146/147.

164 Siehe z. B. Petrow: Szenarium, S. 135.

165 Informationsbüro West (IWE) vom 26. Nov. 1951 (Anfang Nov. 1951 27 Deutsche und 136 Sowjetsoldaten); IWE vom 14. Januar 1952 (23 Deutsche, 6 polnische Staatsangehörige und 202 Sowjetbürger); IWE vom 10. April 1952 (29. März 1952 150 Häftlinge); IWE vom 17. Mai 1952 (7. Mai 1952 etwa 250 Häftlinge); IWE vom 1. Oktober 1952 (7. Sept. 1952 etwa 50 Häftlinge). Siehe auch: Scholmer: Arzt, S. 35; Petersen: Schnauze, S. 424; Erinnerungsbericht vom 30. November 1955, Vorgang Hans Lehmann, ZGH; Rumin: Frauen-GULag, S. 124; Die Transporte mit Spezialwaggons der Deutschen Reichsbahn in das Speziallager Bautzen hatten bereits seit 1949 ihren Ausgangspunkt in Berlin-Hohenschönhausen. Interview vom 17. Juni 1996, Vorgang Günter Schlierf, ZGH; Rieke: Leben, S. 146.

166 Instruktion zur Organisation des Gefangenentransports aus dem Gefängnis Berlin-Lichtenberg ... vom 17. März 1951, in: Foitzik/Petrow: Geheimdienste, S. 350. Hinsichtlich der Waggons gab es

die Gefangenen, die auf Transport gehen sollten, mit abgetragenen Militärmänteln eingekleidet.¹⁶⁷ Zeitzeuginnen erinnern sich zudem an eine Ausstattung mit alten Stiefeln und russischen Wintermützen.¹⁶⁸ Die Bewachung der Verurteilten übernahm bis zur Stadt Brest an der polnisch-sowjetischen Grenze pro Waggon ein 21 Mann starker Begleittrupp des 105. Schützenregiments der Inneren Truppen¹⁶⁹ mit einem Spürhund.¹⁷⁰ Die Todeskandidaten waren in den Spezialwagen jeweils in Einzelzellen untergebracht.¹⁷¹ Für sie endete die Fahrt ins Ungewisse schließlich im Butyrka-Gefängnis in Moskau. Dort mussten sie – falls das noch nicht in Berlin-Lichtenberg geschehen war – zunächst die Bestätigung oder Ablehnung ihrer Gnadengesuche abwarten.¹⁷² Danach wurde bei den meisten von ihnen das Tribunalurteil im alten Pulverturm der Haftanstalt durch Erschießen vollstreckt.

Im Kontext mit den skizzierten Transportaktivitäten des Gefängnisses Nr. 6 ist anzumerken, dass die Anstalt ab 1950 auch für die „Russlanddeportation“ aller im Bereich der MGB-Landesopergruppen zu Lagerhaftstrafen Verurteilten zuständig war.¹⁷³ Diese Betroffenen gelangten in mit geschlossenen Aufbauten versehenen Lkws nach Berlin, die nach außen hin als gewerblich genutzte Transportfahrzeuge getarnt waren. Der Gefangenentransportwagen aus Dresden trug zum Beispiel die Aufschrift „Unionbrot“ und sollte als Auslieferungsauto aus dem Fuhrpark einer Backwarenfabrik wahrgenommen werden.¹⁷⁴ Nach ihrer Ankunft in der Magdalenenstraße durchliefen die Verurteilten eine oberflächliche Untersuchung auf ihren Gesundheitszustand.¹⁷⁵ Ob dieses Prozedere auch im Zusammenhang mit ihrem bevorstehenden Transport in die Sowjetunion stand, kann nur vermutet werden. Einzelfälle belegen, dass auch kranke Verurteilte die Fahrt im Gefängniswagen Richtung Osten antreten mussten.¹⁷⁶

immer wieder Klagen, weil sie nicht entsprechend eingerichtet waren und schwerwiegende technische Defekte aufwiesen. Schreiben des Kommandeurs des 105. Regiments ... vom 23. März 1951, in: Ebd., S. 351/352. Siehe auch: Lavinskaja: Gnadungsverfahren, S. 93; Petrow: Szenarium, S. 145/146.

167 Sieber: Dresdner Kellergefängnis, S. 110; Wiese: Zum Tode, S. 91.

168 Wallach: Licht, S. 236; Rumin: FrauenGULag, S. 124.

169 Zu den Pflichten der Begleitmannschaft gehörte es u. a. die Gefangenen und ihre persönlichen Sachen vor ihrem Abtransport zum Bahnhof auf verbotene und gefährliche Gegenstände zu untersuchen und ihnen diese abzunehmen. Instruktion zur Organisation des Gefangenentransports aus dem Gefängnis Berlin-Lichtenberg ... vom 17. März 1951, in: Foitzik/Petrow: Geheimdienste, S. 350. Dazu auch: Scholmer: Arzt, S. 35; Wallach: Licht, S. 236, 238; Rumin: Frauen-GULag, S. 124.

170 Wallach erinnert sich an „zwanzig ...[tobende] Polizeihunde“, die beim Beladen der Wagons anwesend waren. Wallach: Licht, S. 237.

171 Ebd., S. 239.

172 Das war bei der Mehrheit der Betroffenen der Fall. Roginskij: Vollstreckung, S. 63.

173 Z. B.: Petersen: Schnauze, S. 423; Roland Bude in Zusammenarbeit mit Falco Werkentin: Workuta. Strafe für politische Opposition in der SBZ/DDR, Berlin 2010, S. 55; Gerd Utech: Prägende Jahre in Potsdam und Sibirien 1945–1955: Ein Zeitzeugenbericht, Berlin 2003, S. 72; Horst Schüler: Es war alles eine einzige Qual, in: Gabriele Schnell: Das „Lindenhotel“. Berichte aus dem Potsdamer Geheimdienstgefängnis, Berlin 2012, S. 48/49.

174 Sieber: Dresdner Kellergefängnis, S. 108, 110; Hoffmann: Widerstand, S. 151. In Ost-Berlin kam spätestens ab 1948 eine „grüne Minna“ zum Einsatz, die mit mehreren Blechverschlagen für jeweils einen Gefangenen ausgestattet war. Schendzierlorz: Garten, S. 86, Rieke: Leben, S. 140.

175 Ebd.

176 Einer der Betroffenen war vermutlich der als Spion verurteilte Maximilien von Hamm. Der 1887 in Sankt Petersburg geborene Mitarbeiter eines wissenschaftlich-technischen Büros starb am 3. August 1951 im Etappengefängnis in Brest.

Im Juni/Juli 1952 wurden die Opersektoren des MGB mit ihren zentralen Untersuchungsgefängnissen in den bisherigen Landeshauptstädten als regionale Strukturen des sowjetischen Geheimdienstapparates in der DDR aufgelöst. Durch diese Entscheidung entfielen für das SMT 48240 die bis dahin wahrgenommenen auswärtigen Tagungstermine. Im Gefängnis Nr. 6 konzentrierten sich nunmehr weitestgehend die gesamte sowjetische Tribunalstätigkeit gegen deutsche Zivilisten und die Verkündungen von entsprechenden OSO-Urteilen.¹⁷⁷ Vermutlich dieser veränderten Situation und der indirekten Aufwertung des Berliner Tagungsortes Rechnung tragend, erhielt die Anstaltsleitung bald darauf den Auftrag, die Wände des ehemaligen Betsaals repräsentativ mit großen Porträtbildern der Mitglieder des Obersten Sowjets zu dekorieren.¹⁷⁸

Die Abwicklung der sowjetischen Untersuchungshaftanstalten in Dresden, Halle, Schwerin, Potsdam und Weimar hatte weiterhin zur Folge, dass spätestens ab Sommer 1952 auch die Überstellungen deutscher Tribunalverurteilter in die Zuchthäuser der DDR, wie zum Beispiel nach Waldheim (Frauen und Männer) und nach Bautzen (Männer), fast ausschließlich von und über die Anstalt in Berlin-Lichtenberg realisiert wurden.¹⁷⁹ Als weiterer Etappen- und Sammelort für Transporte fungierte zu dieser Zeit wahrscheinlich nur noch das Gefängnis der sowjetischen Militärabwehr in der Potsdamer Leistikowstraße.

Die Haftsituation in den 1950er Jahren

Besonders tragisch war das Schicksal der Frauen, die schwanger nach Berlin-Lichtenberg kamen. Ihr Zustand fand mit Ausnahme bei drohenden bzw. verhängten Todesurteilen keine besondere Berücksichtigung beim Strafmaß oder dessen Reduzierung¹⁸⁰ und hatte auch keine wesentliche aufschiebende Wirkung bezüglich des Antritts der Haftstrafen. In seltenen Fällen brachten Frauen während ihrer Haft im Gefängnis Nr. 6 auch Kinder zur Welt. Nach einigen Wochen Stillzeit nahm man den Müttern die Säuglinge weg, die dann vermutlich an ein Heim übergeben worden sind.¹⁸¹ Andere hochschwangerere Frauen wurden ohne Rücksicht auf die unmittelbar bevorstehende Entbindung auf Transport in die Sowjetunion geschickt.¹⁸² In den 1950er Jahren war der Aufenthalt in Berlin-Lichtenberg nach wie vor in zwei Haftphasen unterteilt. Bei der Einlieferung wurden den Gefangenen, deren Verurteilung noch bevorstand, die Knöpfe von den Kleidungsstücken ab- bzw. die Reißverschlüsse aus den Sachen herausgerissen.¹⁸³ Ihre Unterbringung erfolgte wie in den 1940er Jahren in überfüllten Hafträumen¹⁸⁴ oder streng

177 Nur noch in seltenen Fällen verurteilten Tribunale sowjetischer Truppenteile, wie z. B. das SMT 75462 und das SMT 08640, deutsche Zivilisten.

178 Erica Wallach berichtet zudem, dass im neugestalteten Tribunalsaal auch eine Wanduhr hing. Erica Wallach: Licht um Mitternacht. Fünf Jahre in der Welt der Verfemten, Zürich 1967, S. 227/228, 230.

179 Siehe auch: Petersen: Schnauze, S. 423; Urteilsauszug vom 5. März 1951 und Stichworte zum Interview vom 14. November 2006, Vorgang Ruth Hofmann, ZGH.

180 Alexander Latotzky: Kindheit hinter Stacheldraht. Mütter mit Kindern in sowjetischen Speziallagern und DDR-Haft, Leipzig 2001, S. 81.

181 In diesem Kontext berichtet U. Rumin, von einer Gefangenen, die nach der Trennung von ihrem Kind Anfang 1953 Selbstmord beging. Wallach: Licht, S. 227; Rumin: Frauen-GULag, S. 108, 122.

182 Eine junge Frau aus Thüringen gebar während eines Zwischenstopps in Brest im Oktober 1951 in Mädchen. Latotzky: Kindheit, S. 81.

183 Vorgang Marianne Kunitz, ZGH. Zur Durchsuchung bei der Einlieferung 1947 siehe: Erler: Pünder, Teil I, S. 87.

184 „Wir lebten, vier, fünf oder sechs Gefangene, in Einmannzellen von nur 18 cbm Inhalt.“ Scholmer: Arzt, S. 34. Kurt Göringer war 1947/48 „nur“ mit einer weiteren Person in einer Einmannzelle untergebracht. Manuskript von 2002, S. 12, Vorgang Kurt Göringer, ZGH.

separiert in Einzelhaftzellen.¹⁸⁵ Die Holzpritschen waren jeweils mit einer Strohsackmatratze und einer Decke ausgestattet.¹⁸⁶ Mehrmals in der Woche wurden vom Wachpersonal die Kammern und die wenigen noch verbliebenen Sachen der Häftlinge durchsucht sowie die Haltbarkeit der Gitter überprüft.¹⁸⁷ Für den Klopfkontakt mit Zellennachbarn sowie nach oben und unten konnten die Ertappten mit mehreren Tagen Karzerstrafe mit Essens- und Kleiderentzug in einer leeren und kalten Strafkammer bestraft werden.¹⁸⁸ In ähnlicher Form wurde Singen und Pfeifen sanktioniert.¹⁸⁹ Im Gegensatz zu der strengen Isolationshaft der Todeskandidaten in der vierten Etage des Gefängnisses, die 1950 wieder eingeführt worden war¹⁹⁰, hatten sich das Haftregime und die allgemeine Situation für die zu Lagerstrafen Verurteilten in den 1950er Jahren vergleichsweise liberalisiert. Gleichwohl reagierte das Wachpersonal unabhängig vom Status der Insassen auf Disziplinverstöße und die Nichtbefolgung von Anweisungen bei Männern immer noch sehr aggressiv und oft mit Handgreiflichkeiten.¹⁹¹

Nach den Erinnerungen von Zeitzeugen konnten sich die verurteilten Häftlinge in den 1950er Jahren Bücher sowjetischer oder russischer Autoren aus der Gefängnisbibliothek ausleihen und sich mit Schachspielen die Zeit vertreiben.¹⁹² Zur Ausbesserung der Kleidung bekamen die weiblichen Insassen stundenweise Nadel und Faden in die Gemeinschaftskammern gereicht.¹⁹³ Die gefangenen Frauen teilte das Wachpersonal, wie bereits in den 1940er Jahren¹⁹⁴, zum Fegen der Korridore und zu Tätigkeiten in der Nähstube oder in der Wäscherei im Keller des Gefängnisses ein.¹⁹⁵ In den großen Männer-Sammelzellen im Parterre des Gefängnisses¹⁹⁶ wurden von den Häftlingen improvisierte Vorträge gehalten, Literatur nacherzählt sowie Sketche und kleine Theaterstücke aufgeführt.¹⁹⁷ Diese und andere gemeinsame Aktivitäten lenkten von einer tiefen Hoffnungs-

185 Vorgang, Marianne Kunitz, ZGH.

186 Die Ausstattung mit Matratze und Zudecke erfolgte nach März 1948. Manuskript von 2002, S. 11, Vorgang Kurt Göringer, ZGH; Rieke: *Leben*, S. 140; Ursula Rumin erwähnt sogar „ein Bettlaken und ein blaugewürfeltes, strohgefülltes Kopfkissen.“ Rumin: *Frauen-GULag*, S. 86.

187 Manuskript „Der Weg aus der nationalsozialistischen Diktatur in die bolschewistische Unterdrückung“, o. D., S. 108, Vorgang Arno Wend, ZGH.

188 Ebd., S. 110/111; Vorgang, Marianne Kunitz, ZGH; Bordihn: *Jahre*, S. 46. Laut Schendzielorz wurde über die Heizungsleitungen „korrespondiert“. Nach ihrer Darstellung, die sich auf das Jahr 1948 bezieht, war im gesamten Gefängnisbau „ein immerwährendes Klopfgeräusch zu vernehmen.“ Schendzielorz: *Garten*, S. 88.

189 Manuskript von 2002, S. 13, Vorgang Kurt Göringer, ZGH.

190 Für die zur Höchststrafe Verurteilten gab es keinen Freigang mehr. Die männlichen Todeskandidaten wurden außerhalb der Zellenräume vermutlich mit Handschellen gefesselt. Wallach: *Licht*, S. 232, 234.

191 „Wenn es den Bewachern nicht schnell genug ging, wurde brutal nachgeholfen, getreten und geschlagen.“ Manuskript „Der Weg aus der nationalsozialistischen Diktatur in die bolschewistische Unterdrückung“, o. D., S. 109, Vorgang Arno Wend, ZGH. „... hörte man von unten Schläge und Schreie.“ Hoffmann: *Widerstand*, S. 152. Erwähnt werden auch Kolbenschläge. Utech: *Jahre*, S. 72. Siehe auch: Manuskript von 2002, S. 13, Vorgang Kurt Göringer, ZGH

192 Petersen: *Schnauze*, S. 413; Rumin: *Frauen-GULag*, S. 99.

193 Ebd.

194 Goldacker: *Holzkoffer*, S. 39.

195 Rumin: *Frauen-GULag*, S. 100, 115 ff.; Stichworte zum Interview vom 14. November 2006, Vorgang Ruth Hofmann, ZGH.

196 Petersen: *Schnauze*, S. 413.

197 Interview vom 17. Juni 1996, Vorgang Günter Schlierf, ZGH, Schmeitzner: *Leben*, S. 202; Manuskript „Der Weg aus der nationalsozialistischen Diktatur in die bolschewistische Unterdrückung“, o.

losigkeit und Verzweiflung ab, die die Häftlinge angesichts der hohen Strafen, der ungewissen Zukunft und der Unmöglichkeit, mit den Angehörigen zu korrespondieren, vielfach übermannte. Gleichwohl kam es unter den Verurteilten immer wieder zu Selbstmordversuchen.¹⁹⁸ Im ehemaligen Arbeitshof des Gefängnisses existierte zu dieser Zeit eine Anlage mit zehn schmalen Freiganghöfen.¹⁹⁹ Für die Gesundheitsuntersuchungen und medizinischen Angelegenheiten der Gefängnisinsassen war in den 1950er Jahren (1951/52) eine „russische Ärztin“ zuständig.²⁰⁰ Als krankheitsprophylaktische Maßnahme wurde bereits ab ca. 1947 gegen die Verbreitung von Wanzen und anderem Ungeziefer vorgegangen und die Zellen nach Bedarf mit einem Desinfektionsmittel gereinigt.²⁰¹

Übergabe der „Magdalena“ an das MfS

Auf die Entwicklung des SED-Staates und die zukünftige Ausrichtung des sowjetischen Besatzungsregimes hatten solche Ereignisse des Jahres 1953, wie der Tod des Diktators Josef Stalin sowie die Massenproteste und Revolten um den „17. Juni“, determinierenden Einfluss. Eine gewisse Rolle spielten auch die spezifischen machtpolitischen Ambitionen des sowjetischen Innenministers Lawrenti Berija. Unter dem erneut zum Geheimpolizei-, Geheimdienst- und Milizchef aufgestiegenen Berija geriet der Apparat des nunmehrigen MWD-Bevollmächtigten in Deutschland unter massive Kritik. Sie gipfelte unter anderem in der Einschätzung, dass die 2 222 sowjetischen Tschekisten in der DDR die Arbeit des MfS im Grunde behindern würden. Davon ausgehend veranlasste Berija eine weitere Reduzierung ihrer Vollmachten, ihres Aufgabenspektrums und ihrer organisatorischen Strukturen. Begleitet wurden diese Maßnahmen, die auch nach der Verhaftung Berijas am 26. Juni 1953 im Wesentlichen unverändert blieben, von einer radikalen Kürzung des Personalbestandes. Ein neuer Stellenplan für den Apparat des MWD-Bevollmächtigten vom 13. Juli 1953 sah nur noch 540 Mitarbeiter vor.²⁰²

Die einschneidenden Veränderungen bei der Geheimpolizei und beim Geheimdienst blieben nicht ohne Rückwirkung auf die Praxis der sowjetischen Militärjustiz in der DDR. Im Vergleich zum Vorjahr reduzierte sich die Anzahl der Verurteilungen deutscher Staatsangehöriger 1953 um fast ein Viertel. Bereits ab etwa Ende August 1953 war von den Schuldsprüchen der Tribunale nur noch ein vergleichsweise kleiner Personenkreis betroffen.²⁰³ Durch die skizzierte Entwicklung und die sich wandelnden Rahmenbedingungen entfiel in kürzester Zeit die Notwendigkeit für den weiteren Unterhalt eines speziellen SMT- und Etappengefängnisses, dessen Wacheinheit sich während der Protesttage im Juni 1953 noch mit zusätzlichem Personal und Schützenpanzerwagen auf eine Rundumverteidigung eingestellt hatte.²⁰⁴ In den darauffolgenden Wochen wurden die letzten größeren Kontingente von Verurteilten aus dem Gefängnis Nr. 6 in Berlin-Lichtenberg in die Zwangsarbeitslager des sowjetischen Nordens abtransportiert, unter ihnen mutmaßlich bis zu 150 Personen, die wegen ihrer Beteiligung an Aufruhr- und

D., S. 108, Vorgang Arno Wend, ZGH; Bude: Workuta, S. 54; Erinnerungsbericht vom 30. November 1955, Vorgang Hans Lehmann, ZGH. Für das Jahr 1947 siehe: Erler: Pünder, Teil I, S. 88.

198 Hoffmann: Widerstand, S. 152.

199 Eine von Erwin Jörris behauptete Überspannung mit Maschendraht, ist zweifelhaft. Petersen: Schnauze, S. 416, 433.

200 Hoffmann: Widerstand, S. 152.

201 Manuskript von 2002, S. 11, Vorgang Kurt Göringer, ZGH.

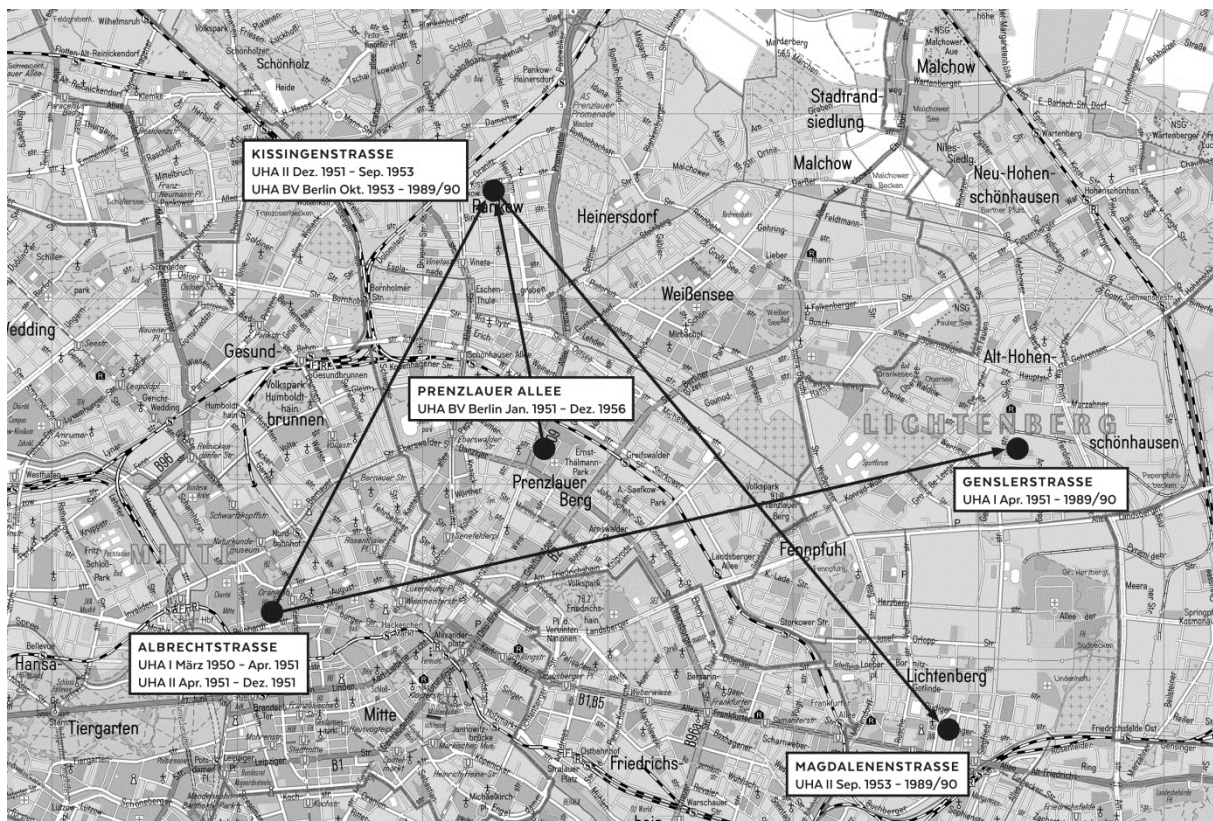
202 Petrov: Geheimdienstmitarbeiter, S. 25/26; George Bailey/Sergej A. Kondraschow/David E. Murphy: Die unsichtbare Front. Der Krieg der Geheimdienste im geteilten Berlin, Berlin 1997, S. 206 ff.

203 Hilger/Schmeitzner/Schmidt: Sowjetische Militärtribunale, Bd. 2, Anhang, S. 784.

204 Eik: Topographie, S. 27.

Streikaktionen verhaftet worden waren.²⁰⁵ Am 20. September 1953 trat das sowjetische Innenministerium die Verwaltungshoheit über die Haftanstalt auf dem Grundstück Magdalenenstraße 14/Alfredstraße 11 an das MfS ab. Eine dafür ausgefertigte Urkunde in russischer Sprache trägt die Unterschriften des Stellvertreters des MWD-Bevollmächtigten in Deutschland, Oberst Nikolai Makarow, und des zweiten Mannes in der DDR-Geheimpolizei, Staatssekretär Erich Mielke. Die „Freunde“ gaben das Verwahrgebäude in Berlin-Lichtenberg jedoch nicht vollständig frei. So wurde vereinbart, dass die sowjetischen Geheimpolizisten und Militärjuristen weiterhin Verhaftete in den Zellen 104 bis 130 in der vierten Etage des Gefängnisgebäudes unterbringen bzw. den umfunktionierten Betsaal weiterhin als Gerichtssaal nutzen konnten. Die Bewachung und Versorgung dieser einsitzenden MWD-Gefangenen sollte jedoch zukünftig das „Staatssekretariat für Staatssicherheit des MdI der DDR“ mit übernehmen.²⁰⁶

Im unmittelbaren zeitlichen Umfeld nach der Unterzeichnung der gemeinsamen Vereinbarung übergab die sowjetische Geheimpolizei die Gebäudeschlüssel an das MfS. Mit Datierung auf den 22. September 1953 registrierte die neue Gefängnisleitung zehn in der vierten Etage verbliebene MGB-Gefangene, deren Untersuchungsverfahren abgeschlossen waren und auf das Zusammentreten des Tribunals warteten, als Neuzugänge.²⁰⁷ Am 29. September traf Siegfried Berger aus dem MGB-Untersuchungsgefängnis Karlshorst in der Magdalenenstraße ein. Ihn verurteilte das SMT 48240 wegen seiner



Lageplan: Standorte der Untersuchungshaftanstalten des MfS in Berlin 1950–1989/90.

205 Rudolph/Drauschke/Sachse: Hingerichtet in Moskau, S. 58.

206 BStU, Archiv der Zentralstelle, Dokumentation über die Liegenschaftsverwaltung des MfS Nr: 180, Bl. 16 ff.; Halbrock: Mielkes Revier, S. 36.

207 Unter diesen Häftlingen befand sich der Berliner Installateur Otto Müller. Er wurde im August 1953 aus Berlin-Karlshorst in das Gefängnis in der Magdalenenstraße überführt. MfS, Abt. XIV 16775. Rudolph/Drauschke/Sachse: Hingerichtet in Moskau, S. 58.

Beteiligung am Juni-Aufstand am 2. Oktober 1953 zu sieben Jahren Besserungsarbeitslager sowie zur Einziehung persönlicher Gegenstände (Fotoapparat, Uhr und Ring) und von 65 Mark. Der Abtransport Bergers in die Sowjetunion erfolgte wie bei allen anderen SMT-Verurteilten nach der Schlüsselübergabe im September nicht mehr über das ehemalige Gefängnis Nr. 6, sondern wurde vom Sperrgebiet Karlshorst aus realisiert.²⁰⁸

In den folgenden Monaten richtete die Stasi die übernommene Haftanstalt als neuen Standort ihrer Untersuchungshaftanstalt (UHA) II her.²⁰⁹ Diese war seit Dezember 1951 im ehemaligen Amtsgerichtsgefängnis in der Arkonastraße in Berlin-Pankow untergebracht. Der Umzug des Personals und der Untersuchungsgefangenen aus Pankow dürfte nach bisherigen Erkenntnissen etwa Mitte Oktober 1953 realisiert worden sein. Nur fragmentarisches Faktenmaterial liegt über die weitere Mitnutzung der Magdalenenstraße durch das MWD/KGB und die sowjetische Militärjustiz vor. Für den Zeitraum von Ende September 1953 bis zum Herbst 1955 sind 78 weitere Einweisungen von deutschen Frauen und Männern durch die sowjetische Geheimpolizei in das Gefängnis in Berlin-Lichtenberg namentlich belegt.²¹⁰ Der Großteil von ihnen wurde vom Tribunal 48240 verurteilt und gelangte von dort in ein DDR-Zuchthaus²¹¹ oder in ein nordsibirisches Haftarbeitslager. Im Oktober 1955 endete schließlich die von der sowjetischen



Otto Spremberg nimmt mit diesem Schnappschuss spielende Kinder und ein Ehepaar vor der Untersuchungshaftanstalt in der Alfredstraße auf. (Foto aus der ersten Hälfte der 1950er Jahre).

Quelle: Otto Spremberg (Foto), Bestand Haus der Geschichte, Bonn

Besatzungsmacht verantwortete Praxis der Militärgerichtsbarkeit gegen deutsche Bürger. Die vermutlich letzte Tribunalentscheidung – achtzehn Jahre Besserungsarbeitslager – erteilte den 29-jährigen Fritz B. am 24. Oktober.²¹² Knapp einen Monat später wurde er aus der Magdalenenstraße zum Strafvollzug in das „Gelbe Elend“ nach Bautzen überführt.²¹³

208 MfS, Abt. XIV 16775; Siegfried Berger: „Ich nehme das Urteil nicht an“. Ein Berliner Streikführer des 17. Juni vor dem sowjetischen Militärtribunal, Berlin 1998, S. 20 ff.

209 So wurden u. a. die Blechblenden vor den Zellenfenstern durch Glasbausteine ersetzt und die nördliche Umfassungsmauer um zwei Meter erhöht. Bau- und Reparaturarbeiten nahm ein Strafgefangenenkommando aus dem Lager X vor. Eik: Topographie, S. 28; Kurt Hanjohr: Ein Mensch nach „ihrem“ Muster sollte ich werden ..., Prenzlau 1995, S. 68 ff.

210 MfS, Abt. XIV 16775.

211 In den Unterlagen werden die Strafvollzugseinrichtungen in Bautzen, Hoheneck und Waldheim erwähnt.

212 Hilger/Petrov: Schmutzarbeit, S. 59.

213 B. wurde am 10. November 1955 mit dem Vermerk „Frd.“ in H II eingeliefert. Sein Abtransport in das Zuchthaus Bautzen erfolgte am 22. November 1955. MfS, Abt. XIV 16775.